

AL
PUBLIKATE
DER LIBRARY

LIBRARY
JAN 11 1956
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

HOOVER
LIBRARY



*Die Kommunistische
Internationale*

1927 / HEFT 36

BERLIN, DEN 6. SEPTEMBER

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONAL

AUS DEM INHALT

Welchen Weg gehen die englischen Gewerkschaften? / Die Hinrichtung von Sacco und Vancetti / Rosenthal: Die Wirtschaftsfrage auf dem Plenum des ZK der KPSU / Kreibich: Zur Frage der antimilitärischen Aktion und des Generalstreiks gegen den Krieg / Bücher- und Zeitschriftenscha

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind an die Adresse des Verlages zu richten.

VIII. Jahrgang 1927
HEFT 36 6. SEPTEMBER

I N H A L T

	Seite
Welchen Weg gehen die englischen Gewerkschaften?	1732
Die Hinrichtung von Sacco und Vanzetti	1737
Smoljanski: Der Kampf um die Hegemonie in der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale	1741
Rosenthal: Die Wirtschaftsfrage auf dem Plenum des ZK der KPSU	1749
Bosse: Der 5. Kongreß der panamerikanischen Gewerkschaftsföderation	1755
Kreibich: Zur Frage der antimilitärischen Aktion und des General- streiks gegen den Krieg	1759
Fuernberg: Nach dem Verrat	1765
A. M.: Die „Wirtschaftsdemokraten“ bei der Arbeit	1773

P R E I S

Einzelheft	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband	0,40
Postabonnement monatlich	1,—
Per Kreuzband monatlich	1,25
Postabonnement Quartal	3,—
Ausland: Sowjet-Union	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten	2 Dollar

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG BERLIN

WELCHEN WEG GEHEN DIE ENGLISCHEN GEWERKSCHAFTEN?

Der englische Gewerkschaftskongreß, der Anfang September in Edinburg zusammentritt, steht zweifellos vor einer höchst kritischen Situation. Die Schwierigkeiten und Probleme stürmen von allen Seiten auf ihn ein. Seine Führer im Generalrat sind in einer Verlegenheit, die nicht weniger groß ist als die der englischen Kapitalisten, mit denen sie sich auf Gedeih und Verderb verbunden haben.

Seit dem letztjährigen Kongreß in Bournemouth hat sich viel ereignet. Dieser Kongreß tagte während der langen Bergarbeitersperrung, er überließ die Bergarbeiter sich selbst und der sicheren Niederlage, womit er einen weiteren großen Schritt tat auf dem Wege des Verrates, den die Führer in den Tagen des Generalstreiks beschritten hatten. Seitdem sind eine Reihe Ereignisse eingetreten, die die englische Gewerkschaftsbewegung zutiefst aufwühlten und herausforderten: die Niederlage der Bergarbeiter und der Beginn einer Gesetzgebungsoffensive gegen die englische Arbeiterbewegung; der diplomatische Bruch mit der Sowjetunion; die Ausdehnung des Angriffes auf die chinesische Revolution und das außerordentliche Anwachsen der Kriegsgefahr. Jedes einzelne dieser Ereignisse hätte ein Höchstmaß von Solidarität der Arbeiterklasse und die kühnsten und entscheidendsten Maßnahmen erfordert. Aber auf nicht eine einzige Frage seit dem niederträchtigen Verrat des Generalstreiks haben die Führer des englischen Generalrats eine revolutionäre Antwort gegeben im Interesse der Arbeiterklasse. Bei der Niederlage der Bergarbeiter waren sie in der außerordentlichen Konferenz vom Januar diese Jahres zusammen mit den Gewerkschaftsexekutiven für die Verurteilung der Bergarbeiter. In der Frage der Gesetzgebungsoffensive der englischen Regierung, die gegen die elementarsten Rechte der Gewerkschaften gerichtet war, beschränkten sie sich darauf, die Hände zu falten und den Himmel anzuflehen um eine Labour-Regierung bei den nächsten allgemeinen Wahlen; sie taten alles, um den Glauben der Arbeiter an ihre Fähigkeit, die Entwicklung der Dinge in eine andere Bahn zu zwingen, zu zerstören. Obwohl das Gewerkschaftsgesetz der Tory-Regierung Tausende von Arbeitern aus dem Gewerkschaftskongreß hinauswarf, rührten sie keinen Finger, um den Massenwiderstand der Arbeiter gegen die Durchführung dieses Gesetzes zu organisieren. Obwohl das Gewerkschaftsgesetz das Recht der Gewerkschaften zum kollektiven Beitritt zur Labour-Party bedrohte, fanden sich die Gewerkschaften mit diesem Gesetz sofort ab und trafen Maßnahmen zum individuellen Beitritt zur Labour-Party, zum Unterschied von den praktizierten Methoden des Ausschlusses. In der Frage des Bruches mit der Sowjetunion beschlossen sie einen verspäteten „Protest“, den man unmöglich als Kampfdokument bezeichnen kann. Ihre Haltung in dieser Frage ist in Wahrheit ein Hohn auf die Haltung der englischen Arbeiterklasse gegenüber der Arbeiterrepublik. Wenn man an die Augusttage von 1920 denkt, wo zur Errichtung von Aktionsräten geschritten wurde, um

mittels einer Massenaktion der Regierung die Hände zu binden, so kann man dieses Dokument nur mit Widerwillen ansehen.

Die Haltung des Generalrats gegenüber der chinesischen Revolution und der englischen Einmischung in diese war die der Rechtfertigung der Haltung der Labour-Party, die in ihrer weiteren Entwicklung die Unterstützung des von der Baldwin-Regierung eingeschlagenen Kurses bedeutete. In der Frage der immer mehr anwachsenden Kriegsgefahr haben sie nichts anderes getan, als die Regierung in ihrem Aktionsprogramm zu unterstützen, das Vertrauen der Arbeiter zum Völkerbund und seinen Abrüstungskonferenzen zu ermuntern, mit einem Wort, die Arbeitermassen der Bourgeoisie zu überantworten.

Das sind die Fragen, das ist die Taktik, die ihre gesamte Tätigkeit bestimmte, und über die jetzt der Kongreß in Edinburg entscheiden soll. Das sind die Fragen und die Taktik, die den Generalrat in seinen Beziehungen mit den russischen Gewerkschaften im Anglo-Russischen Komitee leiteten, die seinen erbärmlichen und verräterischen Kurs in der Amsterdamer Internationale bestimmten. Der Generalrat hat dem Kongreß einen Bericht vorgelegt, und seine Redner werden den Versuch machen, den von ihnen durchgeführten Kurs zu verteidigen. Wird indessen dieser Bericht, und werden die Reden eine Analyse der Probleme bringen, die vor der Arbeiterbewegung in England und vor der internationalen Arbeiterklasse stehen? Nicht im geringsten. Sie werden vor den Kongreß hintreten als englische Gentlemen und beweisen, daß sie bessere Manieren haben als die russischen Führer. Sie werden zeigen oder zu zeigen versuchen, daß die Russen gewisse Regeln der Höflichkeit außer acht lassen, daß Tomski unrecht gehabt habe, seine Meinung über die Lage der internationalen Arbeiterklasse zu sagen, sofern darin auch etwas über England enthalten ist, denn jede Bemerkung über die Lage in England sei eine grobe Einmischung in die englische Unabhängigkeit. Man muß wirklich sagen, daß sie den Wortschatz solcher englischen Gentlemen studiert haben, wie Birkenhead, Chamberlain, Hicks, Curzon und einiger anderer: über die Unantastbarkeit englischer Institutionen und über die Gemeinheit, die darin liegt, wenn irgendein Arbeitervertreter eines anderen Landes, ja sogar Englands selbst, es wagt, an ihren Führern Kritik zu üben. Sie werden sich hüten, den Gewerkschaftskongreß daran zu erinnern, daß die russischen Arbeiter in der Stunde der Not den englischen Bergarbeitern mit einer Million Pfund zu Hilfe kamen, während sie selber die Bergarbeiter im Stich ließen. Und sie werden bemüht sein, die Tatsache zu verdunkeln, daß noch in jeder kritischen Situation, seit den Tagen des Generalstreiks bis heute, in jeder wichtigen Frage, angefangen von der Frage der Unterstützung der Bergarbeiter zur Zeit der Aussperrung bis zur Frage der Stellungnahme zur Kriegsgefahr in der gegenwärtigen Periode, die Gewerkschaften der Sowjetunion immer und immer wieder den Ruf erhoben haben nach Konferenzen der englischen und russischen Gewerkschaften, um den gegenseitigen Beistand in diesen kritischen Kämpfen sicherzustellen. Dafür werden sie dem Kongreß das würdevolle Auftreten ihrer eigenen Führer und die rauhen Worte der russischen Führer ins Gedächtnis rufen. Sie werden darüber reden, daß die Russen den englischen Gewerkschaften ihre Politik vorschreiben wollen, und sie werden an ihre Brust schlagen und rufen: „Hände weg von den englischen Gewerkschaften“.

Dabei haben sie auf keinen einzigen Punkt der von den russischen Gewerkschaftsführern geübten Kritik zu antworten gewußt. Der „britische Charakter“, die „britische Würde“, die „britische Höflichkeit“ verbot ihnen eine solche geistige Anstrengung. Und das wird der Phrasennebel sein, den sie auf den Kongreß loslassen werden, um ihren eigenen Verrat und die Verletzung der Verpflichtungen zu verdunkeln, die sie bei der Errichtung des Anglo-Russischen Komitees übernommen hatten.

Doch wird dies ein Kongreß der Skandale sein. Haben sie denn nicht einen anderen Skandal von dem Pariser Kongreß der Amsterdamer Internationale zu berichten? Nun, der Kessel wird die Bratpfanne einen Schmutzfink heißen. Die Herren Citrine, Hicks, Purcell und Brown werden sich über die schmutzigen Intrigen in Amsterdam entrüsten, sie werden über beklagenswerte, niederträchtige Intrigen reden, und es gibt solche unzweifelhaft. Doch hält es schwer, solche Reden mit anzuhören, wenn der Redner keinen anderen Schluß zu ziehen weiß, als daß diese Handlungen so ganz „unbritisch“ sind.

Zum Glück für die englische Arbeiterbewegung werden andere anwesend sein, und wie wir glauben, in genügender Anzahl, die in der Sprache der Arbeiter reden und die salbungsvolle Heuchelei des Generalrats an den Pranger stellen werden, die die Forderung erheben werden, nicht zurückzuschrecken vor den wirklichen Klassenkonsequenzen der Situation, die darauf hinweisen werden, daß die Skandale und auch die Entrüstung des Generalrats nur Schaum sind, hinter dem sich weit ernstere Dinge verstecken als die, die der Generalrat aufdeckte.

Was sind die Tatsachen? Welches sind die Gründe für den Konflikt der englischen Gewerkschaftsführer mit ihren Kollegen in der Amsterdamer Internationale? Was veranlaßte die englischen Gewerkschaftsführer, Schritt für Schritt von ihren so mutigen Deklarationen abzurücken, die sie bei der Errichtung des Anglo-Russischen Komitees abgegeben hatten. Liegt für die erste Tatsache der Grund darin, daß ein Gegensatz besteht zwischen Hicks und Purcell auf der einen und Sassenbach-Jouhaux auf der anderen Seite? Und liegt im zweiten Fall der Grund darin, daß den Herren Citrine, Hicks und Purcell an der weiteren Gesellschaft von Tomski, Andrejew und ihrer Kollegen nichts gelegen ist? Unsinn. Es gibt viel tiefere Gründe als diese: Gründe, die zusammenhängen mit der Lage des englischen Kapitalismus gegenüber dem Weltkapitalismus, und der Bereitschaft der englischen Gewerkschaftsführer, die Verteidiger des englischen Kapitalismus gegen die wachsende revolutionäre Bewegung in England und die Weltrevolution im allgemeinen zu sein.

Die Krise in der Amsterdamer Internationale ist kein bloßer Personenkonflikt. Sie spiegelt den fundamentalen Konflikt wieder zwischen dem neu erstarkten Kapitalismus Europas und dem niedergehenden Kapitalismus Englands. Als vor ein oder zwei Jahren die Existenz der Amsterdamer Internationale von den Beiträgen der englischen Gewerkschaften abhing, da waren die englischen Gewerkschaftsführer in der Lage, eine beherrschende Stellung in der Amsterdamer Internationale einzunehmen. Heute ist das nicht mehr der Fall. Die Stabilisierung des Kapitalismus in Deutschland und die Gesundung der Gewerkschaftsfinanzen, die der Stabilisierung des

Geldwesens und der ökonomischen Gesundung gefolgt ist, hat den Engländern diese finanzielle Waffe entrissen, und die Hegemonie in der Internationale ist auf die deutschen sozialdemokratischen Führer übergegangen. Dasselbe trifft aus ähnlichen Gründen für den Internationalen Genossenschaftsbund zu, und der Kampf um die Macht zwischen den Rivalen in diesen Organisationen ist basiert auf die widerstreitenden Interessen der kapitalistischen Länder, nicht aber auf irgendwelche grundlegenden Differenzen politischer Gesichtspunkte bei den Führern.

Dies zeigt sich klar in der Frage, um die sich der ganze Skandal und die Intrigen in der Amsterdamer Internationale drehten. Die englischen Gewerkschaften wandten gegenüber den russischen Gewerkschaften eine andere Taktik an als die Gewerkschaften des Kontinents. Lag nun dieser Differenz irgendeine Sympathie der englischen Gewerkschaftsführer mit dem Bolschewismus zugrunde? Natürlich nicht. Die Herren Hicks u. Co. haben klar ausgesprochen, daß ihre Politik den russischen Gewerkschaften gegenüber nur dazu dienen sollte, dem Bolschewismus eine Niederlage beizubringen. Ihre Stellungnahme zur Frage der Beziehungen mit den russischen Gewerkschaften ist genau dieselbe wie die der liberalen Bourgeoisie, die der Meinung ist, daß der Bolschewismus, der Sowjetismus usw. gemildert werden könne durch die liebevollen Umarmungen des Kommerzialisismus.

Diese Tatsache ist der Grund für die konfuse und widerspruchsvolle Stellung der englischen Gewerkschaftsführer zum Anglo-Russischen Komitee. Die englischen Gewerkschaftsführer wollen Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland und nicht proletarische Beziehungen. Sie waren im Jahre 1924 durch die Macht der Umstände (angesichts der großen Sympathien der englischen Arbeitermassen für Sowjetrußland) gezwungen, neben den staatlichen Beziehungen auch die Beziehungen zu den russischen Gewerkschaften aufzunehmen. Doch für die Aufnahme der staatlichen Beziehungen waren die Gewerkschaftsführer nicht aus politischer Sympathie für die Arbeiterrevolution, sondern weil sie kein anderes Mittel hatten gegen den ökonomischen Zusammenbruch des englischen Kapitalismus, als die Herstellung wirtschaftlicher Beziehungen mit der Sowjetunion. Sie waren Handlungsreisende der englischen Bourgeoisie, die eine Zeitlang unter dem Druck der Massen gezwungen waren, sich der Sprache und der Phraseologie der Revolution zu bedienen.

Das sind die Tatsachen, die der Teilnahme der englischen Gewerkschaftsführer am Anglo-Russischen Komitee zugrunde liegen. Diese Tatsachen veranlaßten ihre Unterschrift unter das Dokument, in dem sie sich verpflichteten, zusammen mit den russischen Arbeitern gegen den Imperialismus, gegen den Krieg zu kämpfen, indem sie die Verpflichtung übernahmen zur gegenseitigen Hilfe in allen Kämpfen gegen die kapitalistische Offensive, und die Verpflichtung, zu handeln als die Kameraden und Brüder der russischen Arbeiterklasse und der Arbeiterklasse der ganzen Welt in ihrem Kampf gegen den Kapitalismus. Aber diese Erklärungen waren nicht ehrlich gemeint. Sie waren für diese Führer bloße Redensarten, die zu nichts verpflichteten. Wenn vom Kampf gegen den Krieg die Rede ist, so sind das bloße Tyraden, hinter denen nichts steht.

Der Druck der russischen Arbeiterklasse und ihrer Führer im Anglo-Russischen Komitee zusammen mit den von der Kommunistischen Partei

geführten revolutionären Arbeitern Englands, der sie an ihre Verpflichtungen und den Kampf erinnert unter Bedingungen, wo das Leben selbst Taten verlangte und nicht Worte, das ist es, was die englischen Führer so tief verletzt hat. Der völlige Wechsel in der Situation seit 1924 hat sie ermutigt, von diesen Erklärungen abzurücken und den offenen Angriff gegen die Sowjetgewerkschaften zu beginnen. 1924 wagten sie das nicht. Die englische Arbeiterklasse war in der Aufwärtsentwicklung, sie erholte sich von der Depression, die die Folge ihrer Fehlschläge und Niederlagen von 1921 und 1922 war. Es war das eine Aufwärtsbewegung, die in dem Generalstreik von 1926 gipfelte. Der Verrat des Generalrats, die Niederlage der Bergarbeiter gab diesen selben Führern die Möglichkeit, ihren eigenen reaktionären Kurs einzuschlagen; ihrer wahren Stellung zur Revolution Ausdruck zu geben, der Bourgeoisie zu zeigen, daß es niemals ernst gemeint war, wenn sie ihre Unterschriften unter revolutionäre Deklarationen setzten; sich zu erweisen als die echten Hüter der britischen Handelsinteressen innerhalb der Arbeiterbewegung. Hier liegt der Grund für ihre Stellungnahme im Anglo-Russischen Komitee und für die Schwierigkeiten innerhalb der Amsterdamer Internationale.

Welchen Weg werden die englischen Gewerkschaften einschlagen? Wird der Gewerkschaftskongreß, wird die englische Arbeiterklasse es diesen Führern gestatten, ihren Kurs fortzusetzen? Das ist es, worüber der Gewerkschaftskongreß entscheiden soll. Ist er für die Fortführung dieser Linie innerhalb der Amsterdamer Internationale, dann ist der Pariser Skandal nicht der letzte Skandal gewesen. Wenn er aus der Amsterdamer Internationale austritt, was kann er, mit dieser Politik, in der Isolierung tun? Nichts, als die Arbeiterklasse Englands zusammen mit dem britischen Kapitalismus in den Abgrund ziehen. Natürlich ist die Konsequenz dieser Politik auch der Bruch mit dem Anglo-Russischen Komitee und die Vervollständigung des Blockes der englischen Gewerkschaften mit den englischen Konservativen im Interesse der Isolierung der Sowjetunion und des Krieges gegen sie im günstigen Moment. Das ist die Logik des von dem Generalrat der englischen Gewerkschaften verfolgten reaktionären Kurses: Spaltung der internationalen Gewerkschaften und Stärkung der reaktionären Kräfte in jedem einzelnen Lande.

Nur eine andere Politik gibt es, die die Arbeiterklasse in England vor der Erniedrigung retten kann, der sie von den gegenwärtigen Führern entgegengerührt wird, und diese Politik wird auf dem Boden des Kongresses von einer Delegation verteidigt werden, die stärker sein wird als je in früheren Jahren. Diese Politik ist klar und ohne Furcht: völliger Wechsel der Führung und Taktik der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung. Dieser Wechsel wird eine Führung ergeben, die kämpfen wird für die Interessen der Arbeiterklasse, die der Offensive des Kapitalismus entgegensetzen wird die Solidarität der Arbeiterklasse, die die Arbeiterklasse vorbereiten wird zum Kampf gegen die Kriegsgefahr; die der Intervention in China Einhalt gebieten wird; die die erste Arbeiterrepublik verteidigen wird, die das Anglo-Russische Komitee zu einem wahren Ausdruck der Solidarität der englischen und russischen Arbeiterklasse machen wird; die diese Solidarität zur Grundlage machen wird für die Einberufung eines Weltkongresses der Gewerkschaften mit dem Ziel der Errichtung einer revolutionären, wirklich inter-

nationalen Gewerkschaftsinternationale, der die russischen Gewerkschaften wie auch alle anderen revolutionären Gewerkschaften angehören werden, und die an die Stelle der bankrotten Amsterdamer Internationale treten wird. Nur so und nur so allein werden die englischen Gewerkschaften einen neuen Aufstieg erleben und ihre Niederlagen in Siege verwandeln.

DIE HINRICHTUNG VON SACCO UND VANZETTI

Der Kampf zur Rettung von Sacco und Vanzetti hat sich in eine grandiose internationale Demonstration der Werktätigen verwandelt. Die Empörung gegen die amerikanischen Provokateure und Henker erreichte einen derartigen Grad und eine derartige Hochspannung, daß sie die breitesten Bevölkerungskreise erfaßte und dazu führte, daß die Bewegung in einer ganzen Reihe von Ländern einen wahren Volkscharakter annahm.

Die Bewegung zur Rettung von Sacco und Vanzetti stand in allen Ländern unter der Führung der Kommunistischen Parteien und der ihnen angeschlossenen revolutionären Elemente der Gewerkschaften. Die Führer der Sozialistischen Parteien und der reformistischen Gewerkschaften sind sich auch in dieser Kampagne treu geblieben. Sie verfertigten von Zeit zu Zeit bittersüße Deklarationen und Petitionen zur Rettung von Sacco und Vanzetti. Dabei aber stemmten sie sich mit allen Kräften dagegen, daß die Erregung über das Urteil an Sacco und Vanzetti zum Anstoß einer wirklichen Mobilisierung der Arbeitermassen werden konnte. Die erklärtesten Halunken unter den Reformisten versuchten sogar, gegen die Bewegung zur Rettung von Sacco und Vanzetti aufzutreten. Unter ihnen besonders hervorgetan hat sich der Friedensfreund und Idealist Ramsey Macdonald, der die Niedertracht und Gemeinheit aufbrachte, bei dem Henker Fuller zur gleichen Zeit als Gast zu weilen, während die Arbeitermassen der ganzen Welt Fuller mit vollem Recht als die Verkörperung der ganzen Gemeinheit des kapitalistischen Regimes betrachteten. In der gleichen Richtung arbeitete auch der amerikanische Bruder und Kollege Macdonalds, der „Führer“ der amerikanischen Gewerkschaften — Herr Green. Er versuchte, die revolutionäre Bewegung zur Rettung von Sacco und Vanzetti in ein neues Geleise, in das Geleise des Kampfes gegen die revolutionären Arbeiter und insbesondere gegen die revolutionären Einwanderer zu lenken.

Die Bemühungen dieser gelben Führer erwiesen sich jedoch als hinfällig. Die Bewegung nahm geradezu höchst grandiose Ausmaße an.

Der Gouverneur des Staates Massachusetts, der Freund Macdonalds, Herr Fuller, der sich vermittels seiner Lakaiendienste an die Bourgeoisie in der Rolle eines niederträchtigen Provokateurs und elenden Streikbrechers zur hohen Stellung des Regenten eines Staates „hinaufgearbeitet“ hat, spuckte seinerseits auf die grandiose Demonstration der Klassensolidarität gegen die Hinrichtung von Sacco und Vanzetti — und die Hinrichtung fand statt.

In den ersten Stunden nach der Hinrichtung kannte der Triumph der Dickschädel keine Grenzen. Sie klatschten der „Bravour“ ihres Lieblingsgouverneurs Fuller Beifall. Sie schickten sich bereits an, die ehrlichen

Proletarier mit neuen Skorpionen zu züchtigen. Außerordentlich charakteristisch ist es, daß Foch gerade in diesem Augenblick seine Aufforderung zur Organisierung des Kreuzzuges gegen die Sowjetunion ergehen ließ. Das Organ der österreichischen Regierung, die sich noch erst vor ganz kurzer Zeit durch die Niederschlagung des Wiener Aufstandes ausgezeichnet hat, beeilte sich, der Welt mitzuteilen, daß die von den Bolschewiki begangenen Verbrechen „die menschliche Seele (!) mit noch größerem Entsetzen erfüllen müssen, als das Todesurteil an Sacco und Vanzetti“. Ihm stimmte der „Vorwärts“ bei, der bestrebt ist, die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse von den Henkern durch gemeine Verdächtigungen und verleumderische Erfindungen gegen den ersten sozialistischen Staat abzulenken.

Die Triumphstimmung der Erzreaktionäre und ihrer Lakaien war jedoch nicht von langer Dauer. Die kaltblütig erfolgte Hinrichtung von Sacco und Vanzetti wurde von den Arbeitern der ganzen Welt aufgefaßt als eine Herausforderung und ein Signal zu neuen Kämpfen. Besonders drohend reagierten die revolutionären Proletarier der Stadt der Kommune, und Paris wurde erneut zur Arena der herrlichsten Schlachten. Gleichzeitig aber setzte in London und in Berlin, sowie in einer ganzen Reihe anderer Städte der verschiedensten Länder der einheitliche, gemeinsame Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus ein, der durch die Hinrichtung von Sacco und Vanzetti das wahre Wesen der, in die betrügerische Toga des Demokratismus und Pazifismus gekleideten Gewaltherrschaft des Kapitals greifbar und deutlich werden ließ.

Die Kampagne, die als Antwort auf die Hinrichtung in Boston eingesetzt hat, verdient eine ganz ausnehmende Beachtung. In ihr fühlt man den Atem eines neuen revolutionären Aufstiegs, einer neuen mächtigen Demonstration der internationalen Klassensolidarität.

Wir haben seinerzeit hervorgehoben, daß der Wiener Aufstand ein Beweis dafür war, welche Menge von Zündstoff sich mitten im Herzen Europas angesammelt hat. Die nunmehrigen Demonstrationen im Zusammenhang mit der Hinrichtung von Sacco und Vanzetti müssen betrachtet werden als neue Beweise jener unwiderleglichen Tatsache, daß der Kapitalismus durch seine Stabilisierung neue und sich vertiefende Gegensätze schafft, die den revolutionären Kampf zwischen Kapital und Arbeit im Weltmaßstabe verschärfen.

Die gegenwärtigen grandiosen Demonstrationen lassen sich vergleichen mit jenen Unruhen, deren Zeuge wir in den ersten Jahren unmittelbar nach dem Weltkriege waren.

Wir verbergen es uns natürlich nicht, daß der Erfolg der Kampagne stark gefördert wurde durch die vorhandene konkrete Feindseligkeit in einer ganzen Reihe von Ländern gegen die hochmütigen amerikanischen Imperialisten, die von der Höhe ihrer Majestät des Goldes aus mit Verachtung auf die ganze Welt herabblicken. Aber auch diese Feindseligkeit ist im Grunde genommen nur ein instinktiver Ausdruck der Empörung gegen die wahre Natur des Imperialismus. Dadurch, daß einzelne bürgerliche und kleinbürgerliche Gruppen gegen die Hinrichtung von Sacco und Vanzetti aufgetreten sind, wird nichts geändert an jener einwandfreien und offensichtlichen Tatsache, daß der Kampf gegen die amerikanischen Gewalthaber immer

mehr den Charakter eines Kampfes von Klasse gegen Klasse im internationalen Maßstab annimmt.

Dieser Kampf gewinnt einen besonderen Wert und eine besondere Bedeutung im Zusammenhang mit den Ereignissen, die sich im Osten abspielen. Die Imperialisten einerseits und kleingläubigen Elemente andererseits haben angenommen, daß der revolutionäre Kampf in China seit dem Verrat von Tschang Kai-schek, Feng Yu-hsiang und Wan Tiu-wei unterdrückt und erledigt ist. Die Ereignisse widerlegen den Optimismus der Imperialisten, sowie den Pessimismus der Oppositionellen. Am gleichen Tage, an dem der Telegraph die Nachricht brachte, daß „das proletarische Paris — Herr der Straße ist“, erhielten wir vom anderen Ende der Welt die Meldung über den Einzug der chinesischen revolutionären Truppen in Kwantung. Wir sind keinesfalls geneigt, die Bedeutung dieses chinesischen Sieges weder zu überschätzen noch zu unterschätzen. Zweifelsohne ist die chinesische Revolution in eine neue, kompliziertere und schwierigere Phase ihrer Entwicklung eingetreten. Die chinesische Revolution hat nunmehr den Kampf zu führen gegen die mächtige, vereinigte Koalition, die von London aus durch die englischen Imperialisten geleitet und durch die englischen bewaffneten Streitkräfte in China selbst, in holder Liebe und Eintracht nicht nur mit den nördlichen Militaristen, sondern auch mit den südlichen Verrätern durchgeführt wird. Diese mächtige Koalition übt grausame Vergeltung an der Blüte der chinesischen Nation und liefert diese der physischen Vernichtung aus. Die junge Kommunistische Partei muß nunmehr, zusammen mit den jungen Bauernorganisationen und unter dem verstärkten Feuer der Feinde ihre Reihen umorganisieren im Namen des Triumphes der chinesischen Revolution. Die Lage ist eine schwere und eine komplizierte. Gerade darum aber gewinnt jeder Schritt vorwärts, den die neuen revolutionären Armeen machen, eine ungeheure geschichtliche Bedeutung.

Es ist selbstverständlich, daß die chinesische revolutionäre Bewegung in ihrer neuen Entwicklungsphase nur dann von Erfolg begleitet sein kann, wenn sie um sich herum die aktive und wirksame Sympathie des revolutionären Proletariats Europas und Amerikas weiß.

Die gewaltigen Demonstrationen der Klassensolidarität im Zusammenhang mit der Hinrichtung von Sacco und Vanzetti schaffen die erforderliche Voraussetzung, um die revolutionäre Bewegung in China mit der revolutionären proletarischen Bewegung in Europa und in Amerika zu einem einheitlichen Strom zusammenzufassen.

Wir stehen an der Schwelle einer neuen Aera — einer Aera verschärfter Kämpfe. Diese Kämpfe stehen sowohl im Osten, als auch im Westen unter der unmittelbaren Hegemonie des Kommunismus. Die Sektionen der Kommunistischen Internationale, sowie die Kommunistische Internationale als Ganzes, werden dadurch erneut vor gigantische Aufgaben gestellt. Wir sind tief davon überzeugt, daß die ganze in dem Jahrzehnt des Bestehens der ersten Sowjetrepublik gesammelte Erfahrung einerseits, und der revolutionäre Auftrieb der proletarischen Massen andererseits, der kommunistischen Avantgarde helfen werden, sich der Aufgabe der Führung der revolutionären Kämpfe ehrenvoll zu entledigen.

G. SMOLJANSKI:

DER KAMPF UM DIE HEGEMONIE IN DER AMSTERDAMER INTERNATIONALE

Als vor acht Jahren gleichzeitig mit dem Abschluß des Versailler Friedensvertrages die Amsterdamer Internationale von den sozialpatriotischen Gewerkschaftern zurechtgeffickt wurde, erklärten deren Führer in einem Manifest „An das Proletariat der ganzen Welt“ stolz: „Für die Arbeiterklasse beginnt eine neue Aera, eine Aera des Fortschrittes.“ Nach einigen Monaten wurde in Amsterdam auf dem konstituierenden Kongreß feierlichst das „Programm“ der Internationale angenommen. All das, was in den Augenblicken der größten Angst der Bourgeoisie vor der revolutionären Welle an „Radikalismus“ in den sozialreformistischen Plattformen zur Beruhigung der Arbeiterklasse niedergelegt werden konnte, prangte in goldenen Lettern auf den Gesetzestafeln dieses „Programms“.

„Die Gewerkschaften — sind die Voraussetzung und die Basis der Sozialisierung“ „Kampf mit allen Mitteln gegen den Krieg“ . . . „Der internationale Gewerkschaftsbund ist ein Organ der Kontrolle über den Völkerbund.“ — Gewiß, die revolutionäre Avantgarde der Arbeiterklasse entlarvte schon damals, was diese „wiedererstandene Internationale“ in Wirklichkeit darstellt. Schon damals glichen die Amsterdamer Kongresse eher einem Totentanz, bei dem Appleton und Thomas die Rolle der Vorsitzenden spielten! Die Deutschen wurden in dieser „internationalen“ Gesellschaft kaum geduldet; die Sozialpatrioten der siegreichen Entente konnten den wilhelminischen Lakaien jenen tödlichen Schrecken nicht verzeihen, den sie um die Integrität ihres bürgerlichen Vaterlandes empfunden hatten. Die pazifistischen radikalen Phrasen der Sozialverräter hatten jedoch damals eine bestimmte Wirkung auf Millionen des europäischen Proletariats und im Jahre 1921 — der Periode des Kulminationspunktes ihrer Macht — zählte die Amsterdamer Internationale in ihren Reihen die ungeheure Armee von 24 Millionen Mitgliedern.

Dann beginnt die Offensive der Bourgeoisie. Von der Aera des Fortschrittes war allein die Erinnerung geblieben. Die Ruhrbesetzung, der Krieg in Marokko und in Syrien, die Intervention in China haben gezeigt, wie ernsthaft die Führer der Amsterdamer Internationale daran dachten, „mit allen Mitteln“ gegen den Krieg anzukämpfen. Nicht nur die „Sozialisierung“, sondern auch eine ganze Reihe sozialer Errungenschaften der Arbeiterklasse nach dem Kriege — der achtstündige Arbeitstag u. a. — wurden beim ersten Vorstoß der Bourgeoisie fast kampfflos, ja selbst freiwillig durch die reformistischen Gewerkschaftsführer der Bourgeoisie ausgeliefert. Anstatt „ein Organ der Kontrolle über den Völkerbund“ zu werden, wies sich die Amsterdamer Internationale als einfacher Statist des Internationalen Arbeitsamtes, dessen Aufgabe das „Registrieren“ und das „Informieren“ über die Niederlagen des Proletariats ist. Die Arbeiter verlassen

millionenweise die Reihen der „Internationale“, und um den Zeitpunkt des Pariser Kongresses zählte diese noch kaum die Hälfte ihres früheren Bestandes. Der Pariser Kongreß enthüllte vor der ganzen Welt die innere Fäulnis Amsterdams — die unversöhnlichen nationalen Gegensätze und die unerhörte Zersetzung innerhalb des Führerapparates. Während des Krieges schrieb Rosa Luxemburg: die Geschichte der Menschheit kenne kein beschämenderes Schauspiel als den Verrat der Führer der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Die deutschen Sozialverräter des Jahres 1915 sind aber Kinder im Vergleich mit den Amsterdamer Führern der Epoche der Stabilisierung. Die Geschichte der Arbeiterbewegung hat wahrlich niemals ein schmälicheres Schauspiel erlebt, als diesen Arbeiterkongreß, wo im Mittelpunkt des Ganzen ein erbitterter Kampf um die warmen Plätzchen im Führerapparat stand, wo Karrierismus offiziell mit kleinlichen Tücken und Doppelzüngigkeit wetteiferte, die „Führer“ sich öffentlich auszogen und von der Tribüne her dem verehrlichen Publikum ihre schmutzige Wäsche demonstrierten.

Es wäre aber ein großer Fehler und Leichtsinns unsererseits, wenn wir alle Gemeinheiten der Führer auf dem Pariser Kongreß auf Karrierismus und persönlichen Kampf zurückführen und das Tempo des Zerfalls der Amsterdamer Internationale überschätzen wollten. Mit revolutionär-marxistischer Analyse ausgerüstet, werden wir versuchen, uns in den sozialen Quellen dieses schmutzigen Wirrwarrs der schmutzigen „Führer“ zurechtfinden und eine Perspektive der mutmaßlichen weiteren Entwicklung Amsterdams zu entwerfen, um so die Taktik des revolutionären Flügels und der kommunistischen Avantgarde in der Gewerkschaftsbewegung zu bestimmen.

Es unterliegt keinem Zweifel — und hierfür besitzen wir eine Reihe von Zeugnissen der Reformisten selbst — daß die jetzige Zuspitzung der Gegensätze in der Amsterdamer Internationale die natürliche Widerspiegelung der Stabilisierung des Kapitalismus auf dem Kontinent Europas und insbesondere in Deutschland ist. Der Pariser Kongreß der Amsterdamer Internationale spiegelte photographisch die nationalen Gegensätze wider, die im gegenwärtigen Kapitalismus herrschen. Die Amsterdamer erklären jetzt, daß der Kongreß die Internationale nicht geschwächt, sondern im Gegenteil gestärkt habe.

„Es geht,“ so schreibt im „Sozialistischen Boten“ der menschowistische Spezialist für Gewerkschaftsangelegenheiten, Monossohn-Schwarz, „ein Prozeß der Auslese der ergebnstunlichsten, für einen systematischen Kampf fähigsten Elemente der Arbeiterklasse vor sich. Parallel mit dem Prozesse einer quantitativen Verminderung sehen wir eine innere Konsolidierung, eine Verbesserung der organisatorischen Struktur, eine relative Steigerung der Kampffähigkeit der Verbände. Im Zusammenhange damit steht eine äußere und innere Konsolidierung der Internationale.“

Wir wollen nicht die Tatsache bestreiten, daß in den letzten zwei Jahren eine gewisse finanzielle und selbst politische Konsolidierung der reformistischen Gewerkschaftsbewegung eingetreten ist. Diese Konsolidierung ist aber nur deshalb möglich geworden, weil die kapitalistische Rationalisierung und die Stabilisierung des Kapitalismus überhaupt auf dem Kontinent Europas bestimmte Fortschritte gemacht haben. Die internationale reformistische Gewerkschaftsbewegung hat all ihre Kräfte in den Dienst dieser kapitalistischen Stabilisierung gestellt. Und dies deshalb, weil die Stabilisierung der bürgerlichen Ordnung die Voraussetzung für das Bestehen

des Reformismus selbst und für seine Konsolidierung ist. Hier liegt der Schlüssel für das Verständnis aller nationalen Gegensätze, die sich gegenwärtig in der reformistischen Gewerkschaftsbewegung kundtun und ihren Höhepunkt auf dem Pariser Kongreß der Amsterdamer erreicht haben.

Drei Grundtatsachen charakterisieren diese Gegensätze. Die erste und wichtigste Tatsache ist die nach dem Kriege verlorengegangene Hegemonie des europäischen Kapitalismus im Wirtschaftssystem der Welt. Die Engländer fühlen am allerdeutlichsten als Folge des Krieges, daß Europa nur ein Teil — und nicht einmal ein führender Teil der kapitalistischen Welt der Nachkriegszeit ist. Daraus erklärt sich auch jene Tatsache, daß die englischen Gewerkschaften, die sich ein Jahrhundert lang durch ihre exklusive insulare Abgeschlossenheit auszeichneten, es jetzt versuchen, über die Grenzen des europäischen Kontinents hinauszukommen, ebenso wie die englische Bourgeoisie Wege zu ihrer Rettung in einer Konsolidierung des britischen Weltimperialismus, in einer Hineinziehung der Kolonien und Dominien in ein konzentrierteres Wirtschaftssystem des britischen Imperiums sucht. Das ist der Hauptgrund der Umstellung der englischen Gewerkschaftsbewegung vom äußersten rechten Flügel des europäischen Reformismus auf dessen linken Flügel. Die radikale Phraseologie Purcells hat ihre Hauptursache gerade in dem Suchen der reformistischen Gewerkschaftsbewegung nach Wegen zur Stabilisierung des englischen Kapitalismus — in Anpassung an die spezifischen Bedingungen des britischen Weltimperialismus. Es ist keine zufällige Tatsache, daß die Väter der Idee einer panbritischen „Reichs“-Internationale und eines besonderen kontinentalen Gewerkschaftssystems für die Sowjetunion (zwecks Isolierung derselben vom kolonialen Osten) solche Diehards des Trade-Unionismus sind wie Thomas und Cramp. Wenn Purcell und Co. die Idee einer „Reichs-Internationale“ nicht ganz aufgreifen, sondern zum Teil „das Gesicht der Sowjetunion“ zuwenden, so erklärt sich dies einfach durch den Unterschied jener sozialen Schichten des Proletariats, deren Druck bei diesen „Führern“ die eine oder andere politische Orientierung bestimmen.

Daß die sogenannten „linken“ Führer des Generalrats sich in Wirklichkeit nur wenig von der rechten Mehrheit der Amsterdamer Internationale, darunter auch von den sich amerikanisierenden Führern der deutschen Gewerkschaftsbewegung unterscheiden, davon zeugt in beredter Weise die Diskussion über die prinzipiellen Fragen auf dem Pariser Kongreß. Während die Engländer in personellen Fragen einen Sturm im Wasserglase entfachten, war zu keiner einzigen bedeutenden prinzipiellen politischen Frage, die auf der Tagesordnung des Kongresses stand — wie der Kampf gegen die Kriegsgefahr, der Kampf für den achtstündigen Arbeitstag, gegen die Folgen der kapitalistischen Rationalisierung usw. — ein Sterbenswörtchen der englischen „Opposition“ zu hören. Man konnte zu Beginn des Kongresses annehmen, daß die „russische“ Frage ein Zankapfel zwischen Engländern und Deutschen sei. In Wirklichkeit war auch dies nicht der Fall, obwohl der durch Brown verletzte Brief Oudegeests die Einheit mit den Gewerkschaften der Sowjetunion unmittelbar berührt. Die Verlesung dieses Briefes wurde nicht etwa dazu gebraucht, um die offenen und ehrlichen Wünsche der revolutionären Gewerkschaften der Sowjetunion nach der Ge-

werkschaftseinheit darzutun, sondern um die Unehrllichkeit und die Doppeltzüngigkeit des gegnerischen Lagers innerhalb Amsterdams zu zeigen. Es genügt, jenen Teil der Rede Hicks' auf dem Kongreß kennenzulernen, wo er von den Sowjetgewerkschaften spricht, und ebenso das Verhalten der Engländer in den Kommissionen und den Unterkommissionen des Kongresses.

„Die englische Gewerkschaftsbewegung,“ so erklärte Hicks, „war niemals prorussisch. Diese Beschuldigung wird täglich von der kapitalistischen Presse gegen die englische Gewerkschaftsbewegung vorgebracht. Wir waren aber stets der Meinung, daß der Sozialismus eine Antwort auf den Bolschewismus, ebenso wie auf den Faschismus darstellt. Wir verurteilen die Methoden der Revolution ebenso wie die Methoden des Company-Unionismus (amerikanische Unternehmengewerkschaften. G. S.); wir haben uns stets gegen jede Einmischung in die britische Bewegung von außen gewandt; andererseits glauben wir jedoch, daß der internationale Gewerkschaftsbund am Nichtzustandekommen der Einheit die gleiche Schuld trägt wie die Russen.“

Das deckt sich vollkommen mit der Beurteilung des Standpunktes der englischen Gewerkschaften durch Schwarz:

„In Wirklichkeit hat der Kongreß gezeigt, daß die Meinungsverschiedenheiten bezüglich der russischen Frage in der Internationale fast überwunden sind.“

Wie die Wiener „Arbeiterzeitung“ schrieb, gab es auf dem Amsterdamer Kongreß wohl „Unstimmigkeiten“, jedoch keine „Gegensätze“. Das rührt nach der Meinung der „Arbeiterzeitung“ von der Besonderheit der englischen Gewerkschaftsbewegung her, in der „Prinzipien“ die persönliche Angelegenheit eines jeden einzelnen Mitglieds der „Trade Unions“ sind.

In einer anderen Frage — über die organisatorische Struktur der Amsterdamer Internationale —, zu der kein anderer als Oudegeest, das Objekt aller Angriffe der englischen Delegation, den Bericht erstattete, solidarisierten sich die Engländer voll und ganz mit diesem salbungsvollen holländischen Pfaffen, der in Wirklichkeit nur der Agent des Völkerbundes in der Gewerkschaftsbewegung ist. In dieser Frage haben die Engländer den äußersten rechten Flügel auf dem Pariser Kongreß gebildet. Oudegeest sprach in seinem Berichte davon, daß „alle Ideen der Weltrevolution aus der Gewerkschaftsbewegung ausgemerzt werden müßten“.

„Die auf der Grundlage der vertikalen internationalen Berufssekretariate aufgebaute Gewerkschaftsinternationale“ — erklärte Oudegeest — „birgt revolutionäre Konsequenzen in sich Wenn der Sozialismus über die gewaltsame Vernichtung des Kapitalismus kommen muß, so bedeutet das, daß die Gewerkschaftsbewegung jene Arbeit zerstören wird, die sie in England im letzten Jahrhundert und auf dem Kontinent in den letzten 60 Jahren geleistet hat. Nach meiner Meinung ist dies für den internationalen Gewerkschaftsbund nicht zu wünschen . . . Der Sozialismus wird nicht über die Weltrevolution, sondern dank der Tatsache kommen, daß das kapitalistische System allmählich überflüssig wird. Die Idee einer Revolution, die die Proletarier aller Länder erfassen und zum Sozialismus führen soll, muß als eine Utopie bezeichnet werden.“

Mit all dem hat sich die englische Delegation solidarisch erklärt.

Das gleiche gilt auch für die Frage des Achtsturentages. Der Kongreß hat bekanntlich die Diskussion aller großen Probleme des internationalen proletarischen Klassenkampfes in wenigen Stunden beendet. Alles, was nicht persönliche Dinge, organisatorische Probleme, die Struktur der Leitung und den nationalen Hader betraf, wurde als des Interesses dieses hohen internationalen Auditoriums unwürdig befunden. Ueber keine ein-

zige Frage, mit Ausnahme des Berichts über den Achtstundentag, wurde auch nur die geringste Debatte geführt. Um von diesem skandalösen Umstande abzulenken, schwätzt die reformistische Presse („Gewerkschafts-Zeitung“, der „Sozialistische Bote“, die „Arbeiter-Zeitung“ u. a. m.) jetzt davon, daß alle diese Fragen angeblich in erschöpfender Weise in den Kommissionen diskutiert worden seien. Es war jedoch für niemand ein Geheimnis auf dem Kongreß, daß in fast ausnahmslos allen Kommissionen die Berichterstatter und geistigen Hegemone die reaktionären Vertreter des ADGB waren. Den Stempel dieser Hegemonie trugen denn auch die entsprechenden Resolutionen des Kongresses.

Gab es aber irgendeine Opposition in diesen Fragen? In dem von der englischen Delegation dem Kongreß vorgelegten Resolutionsentwurf über den Kampf für den Achtstundentag hieß es:

„Im Hinblick auf die Verständigung der fünf Großmächte im März 1926 bezüglich der Washingtoner Konvention über den achtstündigen Arbeitstag spricht der Kongreß seine Meinung dahin aus, daß nunmehr kein Grund gegen die allgemeine Ratifizierung des Washingtoner Vertrages vorliegt. Der Kongreß beauftragt den Vollzugsausschuß des IGB, die nötigen Schritte zu unternehmen, damit von den einzelnen Ländern die nötigen Aktionen zugunsten der Ratifizierung der Washingtoner Konvention eingeleitet werden.“

In der vom Kongreß angenommenen Resolution wird mit anderen Worten buchstäblich dasselbe ausgesprochen. Bezeichnend ist, daß sowohl die Resolution des Kongresses wie auch der englische Resolutionsentwurf nur von einer Ratifizierung sprechen, und die schablonenmäßige radikale Phrase der früheren Amsterdamer Resolutionen „über einen Kampf mit allen Mitteln“ nicht mehr erwähnen.

Noch deutlicher tritt dieses in der Kriegsfrage hervor. Der bekannte englische Resolutionsentwurf lautet:

„Der Kongreß betont noch einmal seine Feindschaft gegen Krieg und Militarismus und verpflichtet sich auch weiterhin, den Kampf für die Beseitigung dieser beiden Uebel zu führen. Er bestätigt das Prinzip des Schiedsgerichts und die Notwendigkeit einer Zwangsschiedsgerichtsbarkeit durch Vermittlung des Völkerbundes für alle unter den Völkern entstehenden Konflikte.“

Der vom Kongreß angenommene Text der Resolution gleicht Wort für Wort diesem Entwurf der Engländer. Die Resolution des Kongresses fügt noch hinzu, daß die Vertreter der Staaten im Völkerbunde das Verbot der privaten Herstellung von Munition und eine internationale Kontrolle der Produktion von Kriegsmaterial erreichen müßten. Diese Resolutionen klingen viel weniger radikal, als selbst jene Resolutionen, die von den Amsterdamer Kongressen und den Konferenzen der Berufssekretariate in den gesamten verflossenen acht Jahren ihres Bestehens angenommen wurden. Ein bezeichnendes Eingeständnis machte Ilg, der Generalsekretär der Metallarbeiter-Internationale, auf dem Kongreß dieser Berufs-Internationale, der gleichzeitig mit dem „großen“ Amsterdamer Kongreß stattfand:

„Der Wiener Kongreß“, — so erklärte er — „hat uns beauftragt, das Ausmaß und den Zustand der Produktion von Kriegsmaterial in der Metallindustrie festzustellen. Wir müssen es offen aussprechen, daß wir diesem Auftrage nicht nachgekommen sind. . . . Die Kommunisten fordern von uns, wir sollten auf dem Kongreß die Frage des Krieges anschneiden und die Losung des Generalstreiks aufstellen. Die Arbeitermassen bei der jetzigen Arbeitslosigkeit zum Generalstreik auffordern, daß wäre gleichbedeutend mit einer Aufforderung der Arbeiterklasse, ins Wasser zu gehen.“

Wir sehen also, daß sich der Standpunkt der „linken“ englischen Delegation in keiner einzigen prinzipiellen Frage wesentlich vom Standpunkte der eingefleischtesten Reaktionäre der Amsterdamer Internationale unterschied, ebenso wie er sich faktisch auch durch nichts vom Standpunkte Thomas' und Macdonalds in der englischen Gewerkschaftsbewegung unterscheidet, und zwar wohl deshalb, weil, wie die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ schreibt, „die Prinzipien bei den Führern des englischen Trade-Unionismus die persönliche Angelegenheit eines jeden einzelnen Mitglieds sind“. Die ganze Opposition der englischen Delegation beschränkte sich auf organisatorische und persönliche Fragen, sie ist der Ausdruck eines eigenartigen Kampfes für die besonderen Formen der Stabilisierung des englischen Kapitalismus, der Angst vor der steigenden Stabilisierung des mit dem englischen konkurrierenden deutschen Kapitalismus und im Zusammenhang damit vor der Konsolidierung der deutschen Gewerkschaften, sowie vor dem Bestreben der letzteren, in der internationalen Gewerkschaftsbewegung zur Hegemonie der deutschen Gewerkschaften zurückzukehren.

Die zweite Tatsache, die die Gegensätze auf dem Pariser Kongreß charakterisiert, ist der offene Kampf der deutschen Gewerkschaften um die Hegemonie. Die deutschen Gewerkschaften haben der Zahl nach die englischen eingeholt. In finanzieller Beziehung fühlen sie sich so sehr gesichert, daß in den kritischsten Momenten des Kongresses, als die englische Delegation den Kongreß wirklich verließ und die Vertreter der kleineren Völker, die bei dem Zusammenstoß der „Riesen“ ganz kleinlaut geworden waren, ins Schwanken gerieten, die deutsche Delegation eine starke Geste zeigte und davon sprach, gegen das Verlassen der Engländer nicht aufzutreten, „denn sie seien selbst imstande, die Internationale zu finanzieren“. Man muß es offen aussprechen, daß der wirkliche Beherrscher des Kongresses die deutsche Delegation war. Dies entsprach durchaus den Erfolgen der kapitalistischen Stabilisierung in diesem Lande. Aber ähnlich, wie der deutsche Imperialismus es zunächst noch vorzieht, nicht offen hervorzutreten, aber gleichzeitig den Boden für seine imperialistische Expansion vorbereitet, stellte auch die deutsche Delegation in allen Kommissionen die Berichterstatter, hatte immer das Schlußwort im Plenum, drängte sich aber formell zunächst noch nicht auf den ersten Platz. Es ist bezeichnend, daß der Kampf von ihnen unter der Losung einer **Zentralisierung der Leitung** geführt wurde. In der dreisten Programmrede Graßmanns, dieses faktischen Leiters des ADGB, die eine Erwiderung auf die „revolutionäre Rede“ Purcells bei der Eröffnung des Kongresses war, wurde die feste Erklärung abgegeben: „Wir wünschen die unbedingte Einheit der Leitung. Wer sich dieser Einheit widersetzt, muß seinen Posten verlassen.“ Die einheitliche Leitung bedeutet nach der Meinung der Deutschen den Uebergang des leitenden Einflusses auf den ADGB, denn nur die deutschen Gewerkschaften seien gegenwärtig „die einzig anerkannte Autorität in der internationalen Gewerkschaftsbewegung“. Darüber läßt sich ein Leitartikel „Ueber das Ergebnis des Pariser Kongresses“ im Zentralorgan des ADGB, der „Gewerkschafts-Zeitung“, vom 13. August 1927 offen aus, der der Feder eines gewissen Furtwängler entstammt:

„Die Luft ist gereinigt,“ triumphiert Furtwängler. „die deutschen Gewerkschaften waren auf dem Kongreß der gegnerische Hauptpartner der englischen Opposition.“

„ . . . erst auf dem Wiener Kongreß wurde der Psychose der Kriegszeit ein Ende gemacht und die deutschen Gewerkschaften erhielten die Möglichkeit, in der Exekutive der Amsterdamer Internationale vertreten zu werden. . . . Als der IGB im Jahre 1919 einberufen wurde, mußte sein Sitz in einem neutralen Lande sein, jetzt hoffen wir, daß die Kriegspsychose gebrochen ist und eine größere Auswahl für den Sitz der Internationale besteht.“

Nach der Ansicht der Deutschen muß der Sitz in dem Lande sein, „wo die Gewerkschaften am stärksten sind“ — soll heißen in Deutschland. Der größte und einer der reaktionärsten Führer des ADGB, Tarnow, spielt in durchsichtiger Weise darauf an, wenn er schreibt, daß „Leipart (der Vorsitzende des ADGB. G. S.) in zunehmendem Maße als die einzige, allgemein anerkannte Autorität der Amsterdamer Internationale gilt“.

Der dritte Faktor sind endlich die Gegensätze auf dem Kontinent selbst, im besonderen die Furcht der französischen Sozialchauvinisten vor den schnellen Fortschritten des deutschen Kapitalismus der letzten Jahre. Diese Gegensätze kommen nicht in so scharfer Form zum Ausdruck, wie der Kampf zwischen den englischen Gewerkschaften und dem Kontinent, doch unterliegt das Bestehen derselben keinerlei Zweifel. Sie tun sich auch in jenen Manövrierungsversuchen der Franzosen (die bisher unversöhnliche Gegner der sowjetrussischen Verbände waren) gegenüber den sowjetrussischen Gewerkschaften kund, ebenso wie in der Verteidigung Oudegeests, in den Angriffen gegen den „bürokratischen“ Charakter der deutschen Gewerkschaftsbewegung und in der Idee (die unzweifelhaft französischen Ursprungs ist) eines europäisch-sowjetrussischen Gewerkschaftskomitees, sowie in einer ganzen Reihe anderer Aktionen. Insbesondere sind die Angriffe gegen den deutschen Bürokratismus der Ausdruck einer direkten Erwiderung auf die zentralistischen Tendenzen, die in der Programmrede Graßmanns zum Ausdruck kommen.

Im Lichte dieser Analyse bedeuten die Hegemonie der Deutschen und die Opposition der Engländer eine Rückkehr zum Vorkriegszustand, d. h. zur Abriegelung der Amsterdamer Internationale in den Grenzen des europäischen Kontinents. Im Grunde war die Amsterdamer Internationale bis jetzt nur eine europäische Organisation. In den letzten Jahren tritt aber in steigendem Maße die Tendenz einer Ausdehnung Amsterdams auf die Gewerkschaftsarena der Welt hervor. Besonders bezeichnend war in dieser Beziehung die Einladung der amerikanischen Gewerkschaften, sowie der Gewerkschaften des Ostens und der Kolonialländer zum Pariser Kongreß. Allerdings hat fast keine einzige koloniale Gewerkschaftsorganisation auf diese Einladung reagiert; wichtig ist jedoch schon die Tatsache, daß sich diese Tendenz geltend gemacht hat. Schwarz schreibt im „Sozialistischen Boten“:

„Besonders charakteristisch ist für die Entwicklung der Amsterdamer Internationale in den letzten Jahren deren nunmehr unzweifelhaftes Hervortreten außerhalb des europäischen Rahmens; der IGB verwandelt sich allmählich in eine Weltinternationale.“

Darin prägt sich unbedingt der Einfluß der Engländer aus, die durch alle Bedingungen der Nachkriegsentwicklung des englischen Kapitalismus zum Verlassen ihrer insularen Vereinsamung und zum Betreten der großen Weltstraße gedrängt werden. Die Rückkehr zur Hegemonie der deutschen Gewerkschaftsbewegung bedeutet in dieser Beziehung jedoch einen Wendepunkt zu der noch größeren europäischen Abgeschlossenheit der Amster-

damer Internationale. Das deckt sich vollkommen mit der Amerikanisierung und der reaktionären Entartung der sozialdemokratischen deutschen Gewerkschaften, ebenso wie es sich auch mit dem begrenzten, zunftartigen Lokalismus der reformistischen kontinentalen Gewerkschaftsbewegung überhaupt deckt. Dies leuchtet auch vielen „linken“ europäischen Sozialdemokraten ein. In der Chemnitzer „Volksstimme“ vom 13. August schreibt Paul Levi:

„Es läßt sich nur mit dem größten Vorbehalt sagen, welches die Bedeutung des Pariser Gewerkschaftskongresses in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung überhaupt sein wird. Vielleicht wird man in zehn Jahren ihn für einen Kongreß halten wie andere auch. Vielleicht ist er aber ein wirklicher Wendepunkt. Wenn dieses, dann fürchten wir, keine Wendung zum Guten . . . Eine nur auf Europa sich erstreckende Internationale kann heute nicht mehr existieren . . . Es sind in der Amsterdamer Internationale Ansätze der Wandlung zur europäischen Organisation vorhanden. Das aber wäre gefährlich.“

Das ist das Zeugnis der Reformisten selbst. Wir haben niemals behauptet, daß die Amsterdamer Internationale in irgendeinem Maße, irgendwann fähig gewesen sei, den Klassenkampf des Proletariats zu leiten. Und wir haben stets darauf hingewiesen, daß eine der Hauptursachen der reaktionären Einstellung der Amsterdamer Internationale, des in den reformistischen Organisationen herrschenden Zunftgeistes, der rückständigen organisatorischen Struktur dieser Internationale deren europäische Abgeschlossenheit sein. Allein die revolutionäre Avantgarde der internationalen Gewerkschaftsbewegung, die „Rote Gewerkschaftsinternationale“ und ihre größte Sektion — die Gewerkschaften der Sowjetunion — haben es vermocht, mit der Gewerkschaftsbewegung und den Gewerkschaftsorganisationen des Ostens und der Kolonien in organische Verbindung zu treten. Und gerade durch diese Tatsache erklärt sich der Umstand, daß die „linken“ englischen Führer zwischen Thomas und dem Anglo-Russischen Komitee, zwischen der ultrareaktionären Idee einer panbritischen „Reichs“-Internationale und einem Bündnis mit den 10 Millionen zählenden organisierten Proletariern der Sowjetunion hin- und herpendeln.

Die Spitze der Amsterdamer Internationale ist heute ein verwesender Leichnam. Dieser Leichnam bildet das größte Hindernis auf dem Wege des Proletariats zur Einheit im Weltmaßstabe. Wir können den Amsterdamer für ihren Pariser Kongreß nur dankbar sein. Die Arbeiterklasse mag diese freche Verräterclique in ihrer ganzen Nacktheit erblicken.

ROSENTHAL:
DIE WIRTSCHAFTSFRAGE AUF DEM PLENUM
DES ZK DER KPSU

Die Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaues, des wirtschaftlichen Wachstums der USSR (der Uebergang von der Restitutions- zur Rekonstruktionsperiode) wurden im letzten Jahre durch Schwierigkeiten internationaler Art kompliziert.

Die fortdauernde Stabilisierung des Kapitalismus, der die Produktion technisch reorganisierte und das Vorkriegsniveau der Produktion überschritten hat, erhebt vor dem Kapitalismus aufs neue und in verschärfter Form die Frage der Absatz- und Rohstoffmärkte, wodurch sie die Gegensätze zwischen den größten imperialistischen Weltmächten vertieft und zuspitzt. Der Kapitalismus nähert sich wiederum der Frage der Neuaufteilung der Welt, dem neuen imperialistischen Kriege. Dieser Krisenzustand des Kapitalismus wird durch das Anwachsen der Freiheitsbewegung in den kolonialen und halbkolonialen Ländern, durch die stärker werdende revolutionäre Bewegung im Proletariat und durch die Befestigung der wirtschaftlichen und politischen Macht der USSR erweitert und verschärft.

Unter diesen Bedingungen erhält die „russische Frage“, die Frage des Kampfes gegen die Sowjetunion, für den Kapitalismus eine besondere Bedeutung. Schon allein die Tatsache der Existenz der USSR, des Landes der verwirklichten proletarischen Diktatur, bedeutet unter diesen Umständen und diesen Bedingungen eine Bedrohung des Kapitalismus. Die moralische und materielle Unterstützung, die die Arbeiterklasse der USSR den unterdrückten Klassen und Nationen angedeihen läßt, die revolutionierende und organisierende Bedeutung der USSR veranlaßt die kapitalistischen Staaten, alle ihre Kräfte vor allen Dingen zum Kampf gegen die wachsende und sich befestigende Republik der Sowjets aufzubieten.

Der Kampf gegen die Arbeiterbewegung, der Kampf gegen die nationale Freiheitsbewegung in den Kolonien wird mit dem Kampf gegen die USSR verbunden. Zugleich wird der bewaffnete Kampf gegen die USSR von den Ideologen des Kapitalismus als Rückversicherung gegen die soziale Revolution in den anderen Ländern dargestellt.

Diese allgemeine Zuspitzung der internationalen Beziehungen und insbesondere die Komplizierung der internationalen Lage der USSR stellen unvermeidlich die Wirtschaft der Sowjetunion vor eine Reihe neuer Aufgaben. Die Schaffung von Reserven hinsichtlich des Budgets, der Valuta, von Getreide-, Waren-, Rohstoff- und Feuerungsvorräten nicht nur in den Grenzen wirtschaftlicher Manövrierfähigkeit, sondern auch zur Sicherung der „Wehrfähigkeit des Landes“ wird als die „allerwichtigste Aufgabe des nächsten Jahres“ in den Vordergrund gestellt.

Indessen bedeuten diese mit der Kriegsgefahr und der Notwendigkeit der Reservenbildung im Zusammenhang stehenden Schwierigkeiten durchaus keine veränderte allgemeine Richtung des wirtschaftlichen Aufbaues der

USSR und ihres Industrialisierungstempos. In der Plenumresolution in bezug auf „Die wirtschaftlichen Direktiven für das Jahr 1927/28“ heißt es:

„In Anbetracht der neuen Aufgaben, die sich gegenwärtig vor der Wirtschaft der Union erheben, muß davon ausgegangen werden, daß nur die energische Durchführung des Parteikurses auf eine durchgreifende Zunahme der sozialistischen Elemente in der Volkswirtschaft (Verwirklichung der Industrialisierung, Zunahme des spezifischen Gewichts der Arbeiterklasse, Hilfe für die armen und Beistand für die mittleren Schichten des Dorfes neben größtmögliche Einschränkung der ausbeuterischen Tendenzen der Dorfbourgeoisie) die grundlegende Vorbedingung ist für eine erfolgreiche wirtschaftliche und politische Vorbereitung des Landes auf eventuelle Zusammenstöße mit der bürgerlichen Welt. Deshalb darf die Lösung der mit der veränderten internationalen Lage im Zusammenhang stehenden besonderen Aufgaben keinesfalls das von der Partei aufgestellte allgemeine Programm des wirtschaftlichen Aufbaues erschüttern.“

Der Bruch Englands mit der USSR hat im Wirtschaftsleben der Sowjetunion nicht den Effekt hervorgerufen, auf den die „dickköpfigen“ geistigen Väter dieses Bruches spekulierten. Die Wirtschaftspläne des laufenden Jahres wurden vollkommen durchgeführt und die USSR tritt in das neue Wirtschaftsjahr „wohlgerüstet und mit gefestigter wirtschaftlicher und politischer Macht des Proletariats“ ein.

Die veränderte internationale Lage und die Möglichkeit eines Angriffs des kriegerischen Imperialismus auf die USSR macht eine Reihe von Vorbeugungsmaßnahmen erforderlich, aber das Tempo des wirtschaftlichen Aufbaues, das Industrialisierungstempo der USSR, bleibt unerschüttert. Denn in der energischen Durchführung der Grundelemente der Wirtschaftspolitik der USSR, in der verstärkten Industrialisierung und im Anwachsen des sozialistischen Sektors der Sowjetwirtschaft liegt die beste Gewähr für die Verstärkung der Wehrfähigkeit der USSR bei einem möglichen Zusammenstoß mit dem Imperialismus.

*

Der grundlegende Inhalt unserer Epoche — des Ueberganges vom Kapitalismus zum Sozialismus — besteht in dem Kampf der sozialistischen Elemente des Wirtschaftssystems der USSR gegen die kapitalistischen Elemente. Und von diesem Standpunkt besagt der allgemeine Aufschwung der Volkswirtschaft, die Entwicklung der Produktionskräfte der Sowjetwirtschaft im allgemeinen, unabhängig davon, auf Rechnung welchen Sektors sie vor sich geht, noch nichts über die Errungenschaften und Erfolge des sozialistischen Aufbaues. Indessen muß an die Bewertung der Wirtschaftspolitik und der wirtschaftlichen Erfolge der USSR gerade vom Standpunkt der Interessen und Erfolge des sozialistischen Aufbaues herangegangen werden.

Möglich und theoretisch durchaus nicht ausgeschlossen ist ein Aufschwung der Volkswirtschaft der USSR, bei dem das Wachstum des privatkapitalistischen Sektors das Wachstum des sozialistischen Sektors überholt, wodurch die Rolle des letzteren, sein spezifisches Gewicht in der Volkswirtschaft abnimmt. Aber ein solcher Aufschwung, ein solches Wachstum der Volkswirtschaft würde vom Standpunkt der Interessen des sozialistischen Aufbaues nicht eine Bewegung nach vorwärts — zum Sozialismus, sondern eine Bewegung nach rückwärts — zum Kapitalismus bedeuten. Die Interessen des sozialistischen Aufbaues verlangen eine solche wirtschaftliche Entwicklung

der Sowjetunion, bei der die Rolle und das spezifische Gewicht des sozialistischen Sektors von Jahr zu Jahr unabänderlich größer wird, eine Entwicklung, bei dem das Wachstumstempo des sozialistischen Sektors schneller ist als das der gesamten Volkswirtschaft im ganzen genommen.

Es ist auch durchaus kein Zufall, daß die Opposition sowohl vor der Plenarsitzung des ZK als auch im Plenum selbst ihren Angriff auf die Parteizentrale und auf die von ihr betriebene Wirtschaftspolitik vor allem auf diesen Punkt konzentrierte. „Das Wachstum der kapitalistischen Elemente unseres Landes ist schneller als das der sozialistischen Elemente,“ wurde in der halbmenschwistischen Plattform der Gruppe Smirnow-Ssaprnow behauptet. Indessen hat die Opposition diese ihre Behauptungen mit keinerlei Tatsachen und Zahlen unterstützt, was denn auch unmöglich war, weil sowohl die Tatsachen als auch die Zahlen gegen die Opposition sprechen.

In den letzten drei Jahren stieg die Gesamtproduktion des sozialistischen Sektors der steuerlich erfaßbaren Industrie von 2491 Millionen Vorkriegsrubel im Jahre 1923/24 auf 6370 Millionen im Jahre 1926/27 oder um 156 Prozent, während der kapitalistische Sektor entsprechend von 136 Millionen Vorkriegsrubel auf 270 Millionen oder um 98 Prozent anwuchs. Infolgedessen sank das spezifische Gewicht des privatwirtschaftlichen Sektors in der Industrie von 5,1 Prozent im Jahre 1923/24 auf 4,1 Prozent im Jahre 1926/27.

Noch deutlicher zeigte sich dieser Rückgang des spezifischen Gewichts des kapitalistischen Sektors und die Zunahme des sozialistischen Sektors im Warenumlauf. Trotzdem in den gleichen drei Jahren der privatkapitalistische Sektor im Warenumlauf absolut um 57 Prozent zunahm, sank sein spezifisches Gewicht von 40,8 Prozent im Jahre 1923/24 auf 22,0 Prozent im Jahre 1926/27.

In einer etwas verhüllteren Form, in der Form einer Behauptung von dem unzulänglichen Industrialisierungstempo, im wesentlichen jedoch über daselbe — über die Verstärkung der nichtsozialistischen Elemente in unserer Wirtschaft — äußerte sich im Plenum des ZK der Genosse Pjatakow. Bei der Untersuchung des Arbeitslosenproblems in der USSR behauptete Genosse Pjatakow, die Arbeitslosigkeit sei nur eine Folge davon, „daß unsere Industrie, der Transport und die städtische Wirtschaft in ihrem Wachstum hinter dem allgemeinen Wachstum der Volkswirtschaft zurückbleiben.“ Die Sinn- und Gedankenlosigkeit dieser Behauptung wird entschieden von allen vorhandenen Angaben bezeugt.

Dynamik der Grundfonds der Volkswirtschaft.

(In Millionen Tschervonetzrubel)

	1925/26	1926/27	Zunahme in Prozenten
Landwirtschaft	22651	23462	3,5
Staatl. Industrie	5263	5750	9,2
Elektrifizierung	275	354	28,7
Verkehrswesen	184,5	203	10,1
Kommunalwirtschaft	1741	1823	4,7

Ausnahmslos alle Zweige der Volkswirtschaft (mit Ausnahme des Transports, dessen Grundkapital um 1,7 Prozent gestiegen ist) zeigen einen be-

deutenden Vorsprung vor dem Zuwachs der Grundfonds der gesamten Volkswirtschaft, der 3,9 Prozent betrug.

Dabei muß bemerkt werden, daß nach begründeten Voraussetzungen die wirkliche Zunahme der Grundfonds der Industrie, des Transports, der Elektrifizierung noch größer sein wird, als zu Anfang des Wirtschaftsjahres 1926/27 veranschlagt wurde.

Im Lichte aller dieser Zahlen und Angaben, die von der Opposition nicht umgestoßen werden konnten, trägt deren Behauptung von dem schnelleren Wachstum der kapitalistischen Elemente in der USSR oder, was dasselbe ist, von dem Zurückbleiben des sozialistischen Sektors hinter der gesamten Volkswirtschaft, einen offenkundig lügenhaften und demagogischen Charakter. In ihren Angriffen auf das Zentralkomitee und auf die von diesem betriebene Wirtschaftspolitik, in ihrem Bestreben, um jeden Preis die Leitung unserer Partei zu diffamieren, scheut die Opposition vor keinem Mittel zurück, weder vor offener Lüge noch vor wissenschaftlicher Verleumdung, noch vor rückhaltlosen demagogischen Methoden.

Nur die richtige, leninistisch konsequente Politik der Partei konnte im laufenden Jahre solche wirtschaftlichen Errungenschaften sichern, wie die Zunahme der industriellen Produktion um 20 bis 21 Prozent, wie die Durchführung des Aufbaues auf der politischen Linie der Industrialisierung und Elektrifizierung im Umfang von über 1 Milliarde Rubel, wie die Steigerung der Reallöhne in den letzten 9 Monaten um 11,5 Prozent, wie die Preisermäßigung für Industriewaren (nach dem für die ganze Union geltenden Index des Zentralen Statistischen Amtes) um 9,5 Prozent usw. Die Arbeiterklasse der USSR sieht, kennt und empfindet diese Errungenschaften der Wirtschaftspolitik der Partei, die diese Politik (insbesondere hinsichtlich der Preisherabsetzung) gegen die Opposition und im Gegensatz zu den Forderungen der Opposition durchgeführt hat. Die Arbeiterklasse hat die volle Möglichkeit, die Wahrsagungen, Prophezeiungen und Vorschläge der Opposition in der Wirtschaftsfrage zu prüfen, und deshalb hat auch die Opposition keinerlei noch so unbedeutende Erfolge in Arbeiterkreisen zu verzeichnen. Die Arbeiterklasse hat der Opposition keine Unterstützung gewährt, trotzdem die Opposition zu diesem Zwecke alle Waffen der Lüge, Verleumdung und abstoßenden minderwertigen Demagogie in Anwendung brachte. Unter diesem „Galakleid“ der oppositionellen wirtschaftlichen Plattformen spürte die Arbeiterklasse ganz richtig deren wirklichen parteifeindlichen, antileninistischen Inhalt heraus.

*

Kann indessen die Möglichkeit eines forcierten Industrialisierungsprozesses, eines forcierten sozialistischen Aufbaues verneint werden? Kann behauptet werden, daß alle Quellen, alle Hilfsmittel für die Industrialisierung der Sowjetwirtschaft erschöpft sind? Eine solche Behauptung wäre natürlich ein großer Irrtum, ein unzweifelhafter Fehler. Die Volkswirtschaft der Sowjetunion verfügt über Quellen zur Beschleunigung des Industrialisierungsprozesses, und diese Quellen müssen voll und ganz ausgenutzt werden. Aber auch dabei konnten die Helden des Ueberindustrialismus, die oppositionellen Auch-Oekonomisten, nicht nur nicht der Partei helfen, sondern traten im Gegenteil als entschiedene Gegner der größtmöglichen Ausnutzung der von

der Partei bezeichneten Hilfsquellen zur Industrialisierung der Sowjetwirtschaft auf.

Vor allem und in erster Linie bezieht sich das auf die von der Partei entschieden und energisch betriebene Politik der Preisherabsetzung, die von der Opposition so heftig bekämpft wird. Die Kapitaleinlagen in die Grundfonds der Volkswirtschaft, die sich in ungeheuer großen Zahlen ausdrücken (allein für die staatliche Industrie und die Elektrifizierung betragen die Kapitaleinlagen 1000 Millionen Rubel im Jahre 1926/27 und 1500 Millionen im Jahre 1927/28), wachsen von Jahr zu Jahr unablässig. Indessen ist die Effektivität dieser Kapitaleinlagen und deren Umfang unzulässig klein, und zwar infolge des übermäßig hohen Bauindex (2 : 78), der den Gesamtindustrie-Index (1 : 89) bedeutend übertrifft. Auch die unbedeutendste Herabsetzung des Bauindex, jeder Bruchteil einer solchen Herabsetzung macht bedeutende Summen flüssig, die zur Industrialisierung des Landes ausgenutzt werden können und müssen. Von der ungeheuren gesamtwirtschaftlichen Bedeutung einer Herabsetzung des Bauindex ausgehend, machte das Plenum des Zentralkomitees und der Zentralkommission den Vorschlag, „im Laufe des nächsten Jahres eine Herabsetzung des Bauindex um nicht weniger als 15 Prozent im Vergleich zum laufenden Wirtschaftsjahr zu erreichen“. Zahlenmäßig begriffen, bedeutet diese 15prozentige Ermäßigung des Bauindex nur für die Kapitaleinlagen in die Industrie und Elektrifizierung die Möglichkeit, ihren physischen Umfang um nicht weniger als eine Viertel-milliarde Rubel zu vergrößern.

Es braucht wohl kaum daran erinnert zu werden, daß die Opposition gegen eine Preisherabsetzung im allgemeinen auftrat, was sich auch auf eine Herabminderung der Preise für Baustoffe und für Fabrikinventar beziehen mußte. Diese Quelle der erhöhten Ausgaben für Industrialisierung, diese Quelle des beschleunigten Tempos der Industrialisierung wurde von der Opposition nicht nur übersehen, sondern fand in der Opposition ihre prinzipielle Gegnerin, im Gegensatz zur Partei, die beharrlich auf der größtmöglichen Ausnutzung dieser für die Industrialisierung des Landes unentbehrlichen Nebenquelle bestand.

Eine zweite Quelle zur Beschleunigung des Industrialisierungstempos war die Vergrößerung der innerindustriellen Akkumulation durch Rationalisierung der Produktion und durch Steigerung der Arbeitsproduktivität. Indessen brachte die Opposition auch in dieser Hinsicht nicht nur nichts Eigenes vor, sondern führte einen entschiedenen Kampf gegen die Partei, indem sie gegen die Steigerung der Arbeitsproduktivität, gegen die Rationalisierung der industriellen Produktion auftrat.

Die Gruppe Smirnow-Ssaprnow erklärte offen in ihrer Plattform, daß sie die These von der Notwendigkeit einer schnelleren Zunahme der Arbeitsproduktivität im Vergleich zur Zunahme der Arbeitslöhne für eine reaktive Verirrung halte. Die nach ihrer Meinung richtige Politik auf dem Gebiete der Arbeit besteht darin, den Arbeitslöhnen einen Vorsprung vor der Zunahme der Arbeitsproduktivität zu gewähren. Was anderes hätte dieser Vorschlag wohl enthalten können, als eine Verminderung der innerindustriellen Akkumulation, als eine Schmälerung derjenigen Mittel und Reserven, die eben zur Industrialisierung des Landes gebraucht werden sollten? Was anderes als die abscheulichste Demagogie, als eine Spekulation auf die

noch ungenügend klassenbewußten Gruppen der Arbeiterklasse, ist dieses Verfechten des Ueberindustrialismus, diese Forderung nach vergrößerten Kapitaleinlagen, dieses Bestehen auf ein beschleunigtes Industrialisierungstempo?

Aber indem die Opposition gegen die Notwendigkeit auftritt, die Entwicklung der Arbeitsproduktivität im Vergleich zu den Arbeitslöhnen zu forcieren, bekämpft sie gleichzeitig entschieden die Forderung der Partei, die Produktion mit allen Mitteln zu rationalisieren. Dieses ihr Auftreten gegen die Rationalisierung beschönigt die Opposition mit der Behauptung, die Rationalisierung gehe auf Kosten der Erhöhung der Arbeitsintensität vor sich, nicht aber auf der Grundlage eines produktions-technisch und organisatorisch geänderten und verbesserten Produktionsprozesses und einer Erneuerung der aufgebrauchten Industrieausstattung. Die Lügenhaftigkeit dieser Behauptung wird aufgedeckt durch die Angaben über die Kapitaleinlagen in die Industrie, durch die Auffrischung des Industrieinventars und durch die Verbesserung der material-technischen Kennziffern der Industrie.

In den letzten drei Jahren beträgt der Besitzzuwachs unserer Industrie 737 Millionen Vorkriegsrubel, was die Möglichkeit gewährte, die Wärmekraftwirtschaft der Industrie um 41,5 Prozent und das gesamte Industrieinventar um 36,1 Prozent zu erneuern. Die Rationalisierung unter den Bedingungen der technisch und organisatorisch rückständigen russischen Industrie besteht vor allem in der organisatorischen Rationalisierung der Produktionsprozesse. In einer Reihe von Fällen ergab eine einfache Umstellung der Maschinen und Drehbänke im Verlauf des Produktionsprozesses eine sprunghafte (um $1\frac{1}{2}$ —2mal) Steigerung der Arbeitsproduktivität. An allem dem geht indessen die Opposition vorbei; sie bemerkt weder das Wachstum der Grundfonds der Industrie, noch die Erneuerung des Industrieinventars, noch den wirklichen Inhalt und die Richtung der Rationalisierungsarbeit, und verfolgt nur das eine Ziel, um jeden Preis die überaus schwierige und verantwortungsvolle Arbeit zu diskreditieren, die von der Partei und der gesamten Arbeiterklasse für die Industrialisierung des Landes und für den sozialistischen Aufbau geleistet wird.

Hinzu kommt endlich noch die ungeheure Arbeit, die von der Partei zur Einschränkung von allerlei unproduktiven Ausgaben, von allerlei Auswüchsen des Staatsapparates und aller seiner administrativ-wirtschaftlichen Organe wirtschaftlichen Organe durchgeführt wird. Auf Grund eingehender Untersuchung der Arbeit des Staatsapparates und seiner Organe kam die Partei zu dem Schluß, daß es möglich sei, im kommenden Jahre 1927/28 die Ausgaben mindestens um 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zu reduzieren, wodurch wiederum sehr bedeutende Summen für die Industrialisierung der Sowjetwirtschaft frei werden.

Mit Worten trat die Opposition als leidenschaftliche Verteidigerin der größtmöglichen Industrialisierung der Sowjetwirtschaft auf; in der Tat war die Opposition nicht nur nicht imstande, die Wege zur Industrialisierung zu bezeichnen und die Quellen und Hilfsmittel der Industrialisierung zu nennen, sondern trat heuchlerisch-demagogisch gegen alle Vorschläge der Partei auf, die die Beschleunigung der Industrialisierung und des sozialistischen Aufbaues bezweckten. In der Tat war die Kritik der Opposition

nicht die Kritik eines Freundes, der der Arbeiterklasse und deren Partei bei der überaus schwierigen und verantwortungsvollen Arbeit des sozialistischen Aufbaues helfen will, sondern die Kritik eines F e i n d e s , der bemüht ist, jede im Verlauf dieser Arbeit entstehende Schwierigkeit zu Fraktionszwecken auszunutzen.

Die Opposition tat ihr möglichstes, um die von der Partei betriebene Wirtschaftspolitik zu verleumden und zu diskreditieren, aber die Verlogenheit und die fraktionelle Verblendung der Opposition war so offenkundig, daß es ihr nicht nur nicht gelang, neue Anhänger zu gewinnen, sondern daß umgekehrt ihre ehrlichsten Elemente sich von ihr abwandten und sie verließen.

Die Opposition prophezeite als Ergebnis der von der Partei betriebenen Wirtschaftspolitik eine herannahende furchtbare Krisis der Sowjetwirtschaft; das vergangene Jahr bewies den wirklichen Wert dieser Weissagungen. Die richtige Politik der Partei sicherte eben darum, weil sie die oppositionellen Rezepte zurückwies, ein krisenloses und planmäßiges Wachstum der Volkswirtschaft und zudem noch ein Wachstum, bei dem die Rolle und das spezifische Gewicht des sozialistischen Sektors zugenommen haben.

Mit ihrer Kritik, mit ihren Vorschlägen zur Wirtschaftspolitik der Partei diskreditierte sich die Opposition endgültig in den Augen der Partei und der Arbeiterklasse. Und das vereinigte Plenum des Zentralkomitees und der Zentralkontrollkommission konnte mit vollem Recht feststellen, „daß die pessimistischen ‚Weissagungen‘ der Opposition, zu dem Zweck, die Leitung der Zentrale auf dem Gebiete der Volkswirtschaft zu diskreditieren, sich als vollkommen durch die tatsächlichen Errungenschaften widerlegt erwiesen haben, die im abgelaufenen Wirtschaftsjahr zu verzeichnen sind, was den völligen Zusammenbruch der gesamten Linie der Opposition auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik bezeugt“.

A. G. BOSSE :

DER 5. KONGRESS DER PANAMERIKANISCHEN GEWERKSCHAFTSFÖDERATION

(Pan-American Federation of Labour)

Der jüngste Kongreß der Panamerikanischen Gewerkschaftsföderation, der in Washington vom 18. bis zum 23. Juli tagte, zeigte wieder einmal und mit größerer Schärfe als je zuvor die Rolle der Bürokratie des Amerikanischen Gewerkschafts-Bundes als „Arbeiterkommis“ („Labour-lieutenants“) des amerikanischen Imperialismus, die Rolle, die wir alle auch ohne dies sehr gut kennen. Gleichzeitig hob er auch mit besonderer Klarheit eine andere Seite ihres Verrates hervor, die gewöhnlich weniger beachtet wird, und zwar ihre Funktion zur Entwaffnung und Irreführung der Arbeiter Lateinamerikas angesichts der schweren Ausbeutung und des fortschreitenden Eindringens von Wallstreet in Lateinamerika.

Die am Eröffnungstage des Kongresses eintreffende Nachricht über die

Niedermetzelung von 300 nicaraguanischen revolutionären Soldaten durch amerikanische Bombenflugzeuge beleuchtete mit Blitzesschnelle die Rolle, die diese „Arbeitervertreter“ spielen, indem sie die Arbeiter und Nationalisten von Südamerika beschwichtigen und sie zur Annahme der Monroe-Doktrin zu bewegen suchen. Die „Monroe-Doktrin der Arbeit“, die den Mittelpunkt der Außenpolitik des Amerikanischen Gewerkschafts-Bundes bildet, stand auch im Mittelpunkt der Verhandlungen und wurde durch die anwesenden fiktiven Delegationen angenommen.

Außer der amerikanischen Delegation waren acht Länder vertreten. Diese waren: Mexiko, Kuba, Nicaragua, Guatemala, Panama, Venezuela und Peru. Die Delegation Haiti wurde durch den Präsidenten Borno, den Handlanger von Wallstreet, verhaftet und ins Gefängnis geworfen. Die Delegation von Columbia war überhaupt nicht erschienen. Die von Peru vertrat eine nicht bestehende Organisation. Von Kuba kamen nur zwei Delegierte, die einen Verband eines Industriezweiges vertraten, in dem es mehrere Verbände gibt. Porto-Rico galt als besonderes Land, trotzdem seine der Panamerikanischen Gewerkschaftsföderation angehörenden Verbände einen integrierenden Bestandteil des Amerikanischen Gewerkschafts-Bundes bilden. Keiner der Delegierten vertrat Landesföderationen und die meisten der vertretenen Organisationen, mit Ausnahme der Mexikanischen Gewerkschaftsföderation (CROM) und des Amerikanischen Gewerkschafts-Bundes bestehen mehr oder weniger bloß auf dem Papier. Ihre Delegierten wurden entweder durch den Amerikanischen Gewerkschafts-Bund oder durch ihre eigenen Regierungen ausgewählt. Einen Beweis dafür bildete die Anwesenheit zahlreicher Spitzel aus den verschiedenen Staaten. Die Panamerikanische Gewerkschafts-Föderation wird finanziell zu 80 Prozent vom Amerikanischen Gewerkschafts-Bund und zu 20 Prozent von der CROM unterstützt. Die wirklichen Arbeiterbewegungen in Südamerika, wie die von Argentinien, Brasilien, Chile usw. verweigerten die Entsendung von Delegierten. Eine der Aktionen, die der Kongreß unternahm, war denn auch ein Angriff auf die Arbeiterföderation Argentinien und der Beschluß, den Versuch zu machen, sie zu zerstören und durch ein gefügiges Werkzeug des Amerikanischen Gewerkschafts-Bundes zu ersetzen.

Die Delegierten des Gewerkschafts-Bundes von Nicaragua hatten Green, dem Vorsitzenden des Amerikanischen Gewerkschafts-Bundes und der Panamerikanischen Gewerkschaftsföderation, vor einiger Zeit vorausgesagt, daß ein amerikanischer Angriff gegen die nicaraguanischen Revolutionäre bevorstehe. Green zog es aber vor, mit Kellogg zu verhandeln, und wurde verächtlich mit der Antwort abgewiesen, daß die Nicaraguaner „gewöhnliche Verbrecher“ seien. Der Delegierte von Nicaragua, de la Selva, sagte auf dem Kongreß:

„Ich erkläre im Namen des Nicaraguanischen Gewerkschafts-Bundes, daß, wenn die Marinesoldaten aus den Vereinigten Staaten nicht zurückgezogen werden, sie das ganze nicaraguanische Volk werden ausrotten müssen. Wir ziehen den Tod einem Sklavendasein vor. Wir werden uns dem Imperialismus nicht fügen. Wir wollen lieber gegen die amerikanischen Marinesoldaten kämpfend sterben, als Sklaven im eigenen Lande werden.“

Green verhinderte aber jede weitere Diskussion trotz des Versuches des zum linken Flügel gehörenden venezuelanischen Delegierten, Martinez, eine

sofortige Aktion durchzusetzen. Morones, Führer der CROM und Minister für Handel und Arbeit in Mexiko, unterstützte Green geschickt bei seinen Bemühungen um die Verhinderung einer Diskussion, und die Frage wurde an das Resolutionskomitee, das unter der Kontrolle von Morones und Matthew Woll (der letztere ist die reaktionärste Figur der gesamten Arbeiterbewegung der Vereinigten Staaten) stand, weitergeleitet. In diesem Komitee stimmte Selva energielos einer Entmannung der Resolution zu, und es wurde einmütig ein schwacher Ersatz angenommen, in welchem dem Bedauern über das Gemetzel Ausdruck verliehen und respektvoll die Zurückziehung der amerikanischen Marinesoldaten verlangt wurde.

Green nannte das Massaker unglücklich, und auch die „New York Times“, das Hauptorgan von Wallstreet, fand das Morden „bedauerlich“, weil es die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Lateinamerika verschlimmerte. Sie bezeichnete es ferner als „unglücklich“, weil es während des Kongresses der Panamerikanischen Gewerkschafts-Föderation stattfand und geeignet war, den Verrat der Betrüger vom Amerikanischen Gewerkschafts-Bund aufzudecken. Morones setzte der Diskussion ein Ende, indem er einen Angriff auf die Sowjetunion, die KI und die Kommunisten aller Länder einleitete, und der Kongreß ging wieder friedlich seinen Weg.

Der Kongreß faßte keine einzige praktische Gewerkschaftsresolution, wie auch keine, die den Interessen des amerikanischen Kapitalismus zuwiderlaufen konnte. Die Resolution über die „Monroe-Doktrin der Arbeit“ fordert von den Arbeitern Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Nationen (d. h. Nichtbeitritt zu Moskau oder Amsterdam) und Nichteinmischung anderer Nationen in die Arbeiterbewegung des amerikanischen Kontinents. (Mit anderen Worten: Die Gewerkschaftsinternationales sollten sich nicht in amerikanische Angelegenheiten einmischen.) Green verteidigte die Monroe-Doktrin, dieses legale Aushängeschild der Aggressivität der Vereinigten Staaten in Lateinamerika.

„Statt die Monroe-Doktrin anzugreifen, erklärte er, sollte jede schwache Nation von Lateinamerika von der Regierung der Vereinigten Staaten verlangen, daß sie auch weiter zu ihrer Politik stehe.“

Die lateinamerikanischen Länder sollten also, wenn es nach Green ginge, gegen Angriffe aller anderen Länder, die Vereinigten Staaten ausgenommen, kämpfen. Dabei aber haben die Vereinigten Staaten in die Angelegenheiten allein der zentralamerikanischen Länder etwa dreimal militärisch eingegriffen.

Green unterdrückte die Versuche, die Außenpolitik der Vereinigten Staaten in Lateinamerika anzugreifen und forderte:

„Zutrauen, Vertrauen und Glauben. . . . Ein bedeutender Prozentsatz der Lateinamerikaner hegt Verdacht und Mißtrauen gegenüber den Amerikanern. Wollen wir Verkehr, Handel und Verständnis unter den Völkern des amerikanischen Kontinents entwickeln, so muß das geändert werden. . . . Ich spreche die Hoffnung aus, daß Sie nach Rückkehr in die Heimat sich der hier zum Ausdruck gebrachten Gefühle erinnern und von diesen Gefühlen erfüllt, Botschafter im Interesse der Förderung dieses Geistes der Zusammenarbeit sein werden.“

Er riet zur Selbstbestimmung und zur schiedsgerichtlichen Erledigung von Konflikten. Er sei „unveränderlich gegen eine Einmischung unserer (sic) Regierung“ in die Angelegenheiten anderer Länder. Als aber der

amerikanische Imperialismus angegriffen wurde, betonte er, daß der Kongreß „kein Ort sei für die Erledigung der politischen Beschwerden der lateinamerikanischen Republiken“. Die Delegationen von Venezuela, Niagaragua und Domingo brachten eine Resolution ein, die den amerikanischen Imperialismus und seine Monroe-Doktrin angriff und die Zurückziehung aller Truppen und die Aufhebung der den schwächeren Republiken aufgezwungenen Verträge forderte. Sie wurde in der Resolutionskommission begraben. Martinez bestand aber darauf, daß sie vor den Kongreß gebracht wird, und sie war die einzige Resolution, die wenigstens eine Stimme erhielt als Widerstand gegen die „Dampfwalze“ des Amerikanischen Gewerkschafts-Bundes.

Ein kurzer Hinweis auf die Bedeutung Südamerikas für den amerikanischen Imperialismus wird die Grundlage der Begeisterung seiner Arbeiterlakaien klarmachen. Der Amerikanische Gewerkschafts-Bund ist eng verbunden mit den amerikanischen Militäreinrichtungen und mit Wall-Street, und sie haben zusammen ein großes Imperium zu verteidigen. Die amerikanischen Kapitalisten in Lateinamerika erreichen jetzt die Höhe von fünf Milliarden Dollar oder 37 Prozent aller amerikanischen Kapitalanlagen im Auslande. Der Handel der Vereinigten Staaten mit Lateinamerika erreichte im vorigen Jahr die Höhe von 2 Milliarden Dollar, das sind fast ein Viertel des gesamten Außenhandels des Landes. Das Wachstum des amerikanischen Imperiums ist gekennzeichnet durch das Wachstum seines Handels und seiner Kapitalanlagen. Der Handelsverkehr mit Lateinamerika, der 1914 328 Millionen Dollar betrug, ist auf etwa 1 Milliarde Dollar gestiegen; die Kapitalanlagen stiegen von 100 Millionen Dollar im Jahre 1914 auf 1 973 000 000 Dollar im Jahre 1926.

Die Scheindelegierten aus anderen Ländern haben die amerikanischen Jingos in geschickter Weise unterstützt. Der Delegierte von Guatemala wandte sich gegen die Kritik an dem Arbeitermobilisierungsgesetz seines Landes, und es wurde etwas „Passenderes“ ausgearbeitet. Dieses Individuum erklärte:

„Wir in Guatemala glauben, daß wir jetzt frei sind. Wir haben schon ein Arbeitsbüro und wir arbeiten jetzt, um aus ihr ein den Ministerien gleichberechtigtes Ressort zu machen. Wogegen sollen wir protestieren, wenn die Arbeiter volle Freiheit genießen?“ In diesem Lande hat „nur eine Arbeiterorganisation die Unterstützung der Regierung nicht genossen — und diese war kommunistisch“.

Die Resolution fordert alle lateinamerikanischen Regierungen auf, Arbeitsdepartements einzurichten und ihren Gesandtschaften und Konsulaten Arbeiterattachés anzugliedern — offenbar, um sie instand zu setzen, sich der Freiheit, die die Arbeiter in Guatemala genießen, zu nähern. Die peruanischen Delegierten wollten nicht zulassen, daß ihr Präsident Tyrann und Diktator genannt wird:

„Es gibt in Peru keinerlei Tyrannei; die Arbeiterschaft besitzt die größte Freiheit des Handelns. . . . Niemand, der je etwas für das Volk tun wollte, wurde unter dem wohlthuenden Regime des Präsidenten Legua verfolgt, mit Ausnahme dieser neuen Anarchisten, der Kommunisten.“

Der Delegierte von Panama betonte: „Panama ist jetzt genau so frei und souverän, wie jedes andere Land des Erdballs. Wiewohl alles auf dem Lande, was tot oder lebendig ist, dem amerikanischen Imperialismus gehört.“ Weitere

Zitate erübrigen sich. Alle Delegierte, mit Ausnahme von Selva und Martinez, sangen dasselbe Lied.

Martinez war der einzige Delegierte, der gegen den Apparat des Amerikanischen Gewerkschafts-Bundes Stellung nahm, und er wurde erst am vierten Tage des Kongresses aktiv.

Eine Oppositionsresolution, die die amerikanischen Marinesoldaten in Haiti angriff und Entschädigung für die Angehörigen der ermordeten Eingeborenen forderte, wurde durch Green sabotiert und zur Niederlage gebracht. Eine Resolution, die natürlich vom Kongreß angenommen wurde, greift die kommunistische Propaganda in den südamerikanischen Ländern an. Der Henker von Kuba, Machado, der für die Unterdrückung der radikalen und der Arbeiterbewegung von Kuba und für die Verbannung und Ermordung ihrer Führer verantwortlich ist, richtete an den Kongreß Grüße, die von diesem angenommen wurden. Woll nahm Machado in Schutz, wobei ihn der kubanische Delegierte unterstützte. Der Vorstand beschloß, den nächsten Kongreß, falls Machado vom amerikanischen Zuckertrust (unter dessen Kontrolle Kuba steht) und die amerikanische Regierung zustimmen, in Kuba abzuhalten.

K. KREIBICH:

ZUR FRAGE DER ANTIMILITÄRISCHEN AKTION UND DES GENERALSTREIKS GEGEN DEN KRIEG

Der drohende nächste Krieg wird immer mehr zur zentralen Frage der internationalen Politik und damit auch des proletarischen Klassenkampfes. Der Umfang der Vorbereitungen, welche die Imperialisten treffen, um in diesem nächsten Kriege um das Monopol der imperialistischen Ausbeutung der Welt zu kämpfen, nimmt derart schreckliche Dimensionen an, daß die Imperialisten alles tun müssen, um sie vor den Völkern, so weit es geht, geheim zu halten. Hat es nicht bis 1914 viele gegeben, welche erklärten, daß angesichts der furchtbaren Wirkung der Mordwaffen ein Krieg entweder ganz unmöglich sei oder nur ganz kurze Zeit dauern könnte? Welch unschuldiges Kinderspiel war aber die Kriegstechnik von 1914 gegenüber der von heute! Das kleine Stück Wahrheit, das hierüber durchsickert, langt schon hin, um das Blut erstarren zu machen. Aber diese Wirkung ist recht bescheiden. Das bloße Entsetzen ob der Aussichten auf den Umfang und die Schrecken des künftigen Massenmordens kann auch zu bloßen pazifistischen Klagen über die Schlechtigkeit der Welt und zu einem ohnmächtigen Appell an Vernunft und Einsicht der Herrschenden, oder auch wiederum zu dem einschläfernden Glauben verführen, daß das Maß der Schrecken voll sei und die Furchtbarkeit der Mordwaffen ihre Anwendung unmöglich mache. Was wir brauchen, ist die volle, ungeschminkte Wahrheit über den Stand der Kriegsrüstungen in ihrer ganzen Furchtbarkeit, nicht um das Blut der arbeitenden Massen erstarren zu machen, sondern um es zum Sieden zu bringen, damit das Ziel erreicht werde, das wir uns als

das schönste und wünschenswerteste vorstellen: die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen, bevor es ihr gelingt, die Menschheit in dem künftigen Kriege zehnfach mehr hinzuschlachten als in den Jahren von 1914 bis 1918.

Aber dieses Ziel ist nur eine ideale Hypothese, die uns zwar zu höchster Aktivität anspornen kann, aber dabei doch eine Hypothese bleibt. Denn der Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie, die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat hat die akute revolutionäre Situation, hat die Kulminierung der Krise des Kapitalismus zur Voraussetzung. Aber schon die früheren Phasen der Krise des Kapitalismus äußerten sich auch in kriegerischen Erschütterungen und darum ist der Krieg nicht nur die unvermeidliche Begleiterscheinung der sozialen Revolution, sondern sogar ihr wahrscheinlicher Vorläufer. Das ist die Konstatierung einer objektiven Tatsache, aber es wäre nicht nur eine schädliche, sondern auch eine überflüssige Narretei und weder revolutionär noch gar kommunistisch den Krieg zu wollen, um die soziale Revolution zu beschleunigen oder auszulösen. Solche Toren wären nur die Inkarnation der Wünsche der Sozialdemokraten, welche das Gespenst den Krieg wollender und zum Kriege hetzender Kommunisten brauchen, um die von ihnen beeinflussten Arbeitermassen mit Hilfe pazifistischer Phrasen vor jedem wirklichen Kriege gegen den Krieg zurückzuhalten, und die von den Kommunisten als eiserne Notwendigkeit erkannte und propagierte Wahrheit, daß schließlich und endlich nur der revolutionäre Krieg und Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie allem Kriege, der kapitalistischen Gesellschaft als der Quelle des Krieges überhaupt ein Ende machen kann, lächerlich zu machen. Es ist kein Widerspruch, sondern die volle Wahrheit, daß der Krieg überhaupt nur abgeschafft werden kann, wenn das Proletariat entschlossen ist, den letzten Krieg gegen die kapitalistische Gesellschaft zu wagen und den nächsten besten Krieg der Imperialisten zum Anlaß zu nehmen, um dem gesamten Imperialismus seinen Krieg zu erklären. Diese bittere, aber notwendige Wahrheit muß propagiert, sie muß den Massen klar werden. Wir dürfen nicht vergessen, daß der pazifistische Schwindel der Sozialdemokraten in den Arbeitermassen noch einen guten Boden hat. Es ist eine bekannte Schwäche der Menschen, sich selbst die Furcht vor einer großen Gefahr und vor der Notwendigkeit gegen sie zu kämpfen durch die Verkleinerung und Hinwegsuggestion der Gefahr zu vertreiben, weil eben der Entschluß, der Gefahr ins Auge zu sehen, schon den weiteren, ihr im Kampfe entgegenzutreten, in sich trägt. Mit dieser menschlichen Schwäche rechnen die Sozialdemokraten und sie bemühen sich, einerseits die Gefahr des Krieges zu leugnen und die gegenteilige Aufklärungsarbeit der Kommunisten als Kriegshetze zu denunzieren, andererseits den Kampf gegen den ausgebrochenen Krieg in seinen schwerwiegenden Konsequenzen zu verkleinern und mit allgemeinen Phrasen (Nie wieder Krieg! Wir gehen nicht mehr in den Krieg! Wir nehmen keine Waffen mehr in die Hand! Generalstreik!) über ihn hinwegzugleiten.

Der Pariser Kongreß der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale liefert wieder ein Beispiel dieser Taktik der Reformisten. Der Referent über „Die Aktion der Arbeiter gegen den Krieg und Militarismus“, Jouhaux, leitete sein Referat mit der These ein, „daß sich seit 1924 die internationale Atmosphäre gebessert hat“ und „die Konfliktsrohungen innerhalb Europas sich verringert haben“. „Eine Politik der Annäherung ist möglich geworden und

hat bereits ihren Anfang genommen“, weshalb „die Kriegsgefahren minder dräuend geworden sind“. Die Räumung des Ruhrgebietes und die Regelung des Reparationsproblems haben „einer neuen Politik die Wege geebnet, die sich nicht mehr auf die Gewalt, sondern auf das Recht beruft“, und es müsse festgestellt werden, „daß die Friedensideen seit drei Jahren Fortschritte gemacht haben“. Mit diesen „Feststellungen“, welche dem wahren Stande der Dinge ins Gesicht schlagen, begründet Jouhaux die absolute Untätigkeit der Amsterdamer gegenüber der Kriegsgefahr, die er mit den Worten umschreibt, daß „die nationale und internationale Gewerkschaftsaktion innerhalb der letzten drei Jahre . . . nachgelassen habe“, und daß „die Manifestationen der Arbeiterschaft (lies: die der Reformisten) im Vergleich zur Periode zwischen den Kongressen in Rom und Wien weniger zahlreich waren“. Dafür aber erzählt Jouhaux des langen und breiten von den Arbeiten der Vertreter der Reformisten im Völkerbunde, auf den Abrüstungskonferenzen, Wirtschaftskonferenzen usw. Je weniger Aktionen die Amsterdamer gegen die Kriegsgefahr unternahmen, desto fleißiger waren sie in der Arbeit „gegen den Krieg“ in Gemeinschaft mit den Vertretern der den Krieg vorbereitenden und zum Kriege treibenden Imperialisten! Die Frage, was die Reformisten im Falle des Kriegsausbruches zu tun gedenken, erledigt Jouhaux mit der Phrase, „daß die organisierte Arbeiterklasse nach dem Kriege einmütig entschlossen war, alles aufzubieten, um neue Katastrophen zu verhindern“, und mit dem Hinweis auf die im Beschluß des Wiener Kongresses enthaltene und deshalb nicht minder leere, dafür aber um so betrügerischere Phrase von der „Erinnerung“ der Arbeiterklasse „an ihre Pflicht, sich dem Kriege entschieden zu widersetzen: durch Stilllegung der Waffen- und Munitionsindustrie sowie des Transports von Kriegsmaterial und den internationalen Generalstreik“. Wie hohl und verbrecherisch verlogen diese Phrase ist, sehen wir an dem Vergleich mit der praktischen Tätigkeit der Reformisten in den militärischen Fragen: in der Mitarbeit der Reformisten an den militärischen Rüstungen nicht nur dort, wo sie in der Regierung sitzen, sondern auch dort, wo sie außerhalb der Regierung stehen (Boncour). Der Gedanke, daß dieselben Reformisten, welche in allen militärischen und Kriegsfragen in den Regierungen und Parlamenten, im Völkerbund und in seinen Nebeninstitutionen mit der Bourgeoisie und den kapitalistischen Regierungen zusammenarbeiten, auch nur einen Augenblick ernstlich beabsichtigen, im Falle des Kriegsausbruches mit der Bourgeoisie so radikal zu brechen und den Generalstreik zu erklären — dieser Gedanke ist um so ungeheuerlicher, als die Vergangenheit uns zeigt, daß die Reformisten gerade im Kriegsfall sich noch mehr als sonst der Bourgeoisie anschließen und dies heute auch für den Fall eines nächsten Krieges offen ankündigen. Haben nicht die österreichischen Sozialpatrioten, also die linkestes der linken Sozialdemokraten, schon erklärt, daß sie im Falle des Ausbruches eines Krieges unbedingt in die Regierung eintreten, also eine Koalition mit der Bourgeoisie schließen müßten?

Es ist natürlich auch kein Zufall, daß die Reformisten, die über ihr Verhalten im Falle eines Kriegsausbruches entweder schweigen oder mit einigen Phrasen hinweggleiten, um so redseliger werden, wenn es sich um ihre angebliche Arbeit zur Verhütung eines Krieges handelt. (Von etwa 600 Zeilen, welche der beim Pariser Kongreß ausgeteilte deutsche Text des Referates

von Jouhaux, dem wir auch die Zitate entnehmen, umfaßt, sind nur 25 Zeilen jener ersten Frage gewidmet.) Es ist eben die törichteste von allen Illusionen, daß der Kampf gegen die Kriegsgefahr auch nur im geringsten die Pflicht zum Kampfe gegen den bereits ausgebrochenen Krieg verringert. Der Krieg wird kommen, er ist so unvermeidlich wie die Entwicklung des Imperialismus, die Verschärfung der imperialistischen Gegensätze und die Krise des Kapitalismus. Seine Gefahren sind so schrecklich, die Aufgaben, die er dem revolutionären Proletariat stellt, so gewaltig, daß die Fragen des Kampfes gegen den Krieg nach seinem Ausbruch und die praktische Vorbereitung dieses Kampfes auch dann unmittelbar aktuell wären, wenn die Gefahr selbst noch nicht so nahe wäre, wie sie es in Wirklichkeit ist. Die Thesen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale setzen sich mit diesen Fragen ausführlich auseinander und zeigen uns klar und deutlich, in welcher Richtung wir da zu arbeiten haben. Die kommunistischen Parteien müssen sich mit der praktischen Durchführung dieser Thesen und vor allem damit beschäftigen, wie unsere Taktik nach dem Kriegsausbruch der Technik und der Organisation des künftigen Krieges anzupassen ist, damit auch mit den Vorarbeiten für die Durchführung unserer Aktion begonnen werden kann.

So wie die opportunistischen sozialdemokratischen Führer auf Grund des gefälschten Vorwortes von Friedrich Engels zu Marx' „Klassenkämpfen in Frankreich“ schon in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts erklärten, die damalige moderne Waffentechnik und Städtebauart machen den Straßen- und Barrikadenkampf und damit den Bürgerkrieg unmöglich — eine Auffassung, die sich von 1905 (erste russische Revolution) an als ganz falsch erwies —, so erklären sie selbstverständlich auch heute wieder das Ende des Bürgerkrieges für gekommen. So soll in der Zeit, wo die Bourgeoisie die modernsten Kampfmittel, Luftfahrzeuge und Gas, in den Dienst auch der Polizei zum Kampf gegen die Arbeiter stellt (siehe die Pariser Kundgebungen für Sacco und Vanzetti) das Proletariat im voraus davon abgehalten werden, seinen Kampf gegen die Bourgeoisie der heutigen Waffentechnik anzupassen, ja sich auch nur in der bescheidensten Weise zu bewaffnen. (Siehe Wien!)

Die Hauptwaffen des nächsten Krieges werden die Flugzeuge und das Giftgas sein. Gerade diese beiden Waffen bringen aber auch eine Umwälzung in der ganzen Organisation der Kriegführung. Der deutsche Generalmajor von Frankenberg schrieb kurz nach der letzten Tagung des Völkerbundes in einem Artikel in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ unter anderem das Folgende:

„In der kurzen Zeitspanne seit dem Weltkriege hat die Verwendung und Vervollkommnung der maschinellen Waffen und Transportmittel und damit die Mechanisierung der Heere außerordentliche Fortschritte gemacht. Organisation, Stärke, Schnelligkeit, Reichweite und Kampfkraft der Luftflotten genügen heute bereits vollkommen, um über viele Hunderte von Kilometer hinweg tief im Hinterlande gelegene Lebenszentren und Kraftquellen des Gegners aus allen Himmelsrichtungen anzugreifen und durch Abwurf von Brisanz-, Gas- und Brandbomben binnen kürzester Frist zu vernichten, lebende Ziele aber mit Maschinengewehren und Bordgeschützen zu bekämpfen.“

Infolge dieser Art der Kriegführung wird es im nächsten Kriege, wie ja

auch andere Militärfachleute schon verschiedentlich festgestellt haben, keine Einteilung in Front, Etappe und Hinterland mehr geben können, wenigstens nicht im Sinne der verschiedenen Grade der Mobilisierung und des Kriegszustandes. Das gesamte Gebiet des kriegführenden Staates wird sozusagen Front, Kampffeld sein. Das bedingt eine ganz andere Behandlung der Bevölkerung vom Gesichtspunkt der Kriegführung. Der bisherige Unterschied zwischen Militär und Zivilbevölkerung ist im nächsten Kriege nicht mehr so aufrechtzuerhalten wie im letzten Weltkriege. Das von dem Sozialdemokraten Paul Boncour vertretene neue französische Militärgesetz bedeutet die Mobilisierung der gesamten Bevölkerung ohne Unterschied des Geschlechts, mit Ausnahme nur der Kinder. Die Kriegsdienstleistung der Zivilisten und die Mobilisierung der Munitionsarbeiter im letzten Weltkriege waren nur ein kleines Vorspiel der Mobilisierung der gesamten Bevölkerung im nächsten Kriege. Jeder Mann und jede Frau, jeder Jüngling und jedes Mädchen, ja jeder Greis und jede Greisin werden Soldaten sein, d. h. sie werden mobilisiert, bekommen militärische Aufgaben zugewiesen und unterstehen der im Kriege bedeutend verschärften militärischen Unterordnung in demselben Ausmaße, wie die Soldaten an der Front. Wenn aber die gesamte Bevölkerung militarisiert, Armee wird, dann muß sich auch der Charakter der antimilitärischen Aktion ändern. Die gesamte Bevölkerung muß als Objekt und Subjekt der antimilitärischen Aktion betrachtet werden und nur die Art dieser Aktion hängt von der Rolle und den Aufgaben ab, welche den einzelnen Angehörigen der Bevölkerung, ihren verschiedenen Schichten und Berufen im Kriegsfall zugemutet werden.

Der nächste Krieg wird infolge der enormen Fortschritte seiner Technik ein überwiegend technischer Krieg sein, er wird sozusagen die Form eines maschinellen Riesensetriebes der Vernichtung von Menschen und Dingen annehmen. Seine Maschinerie wird grandios, aber auch kompliziert und infolgedessen gegen Störungen empfindlich sein. Die ständige Instandhaltung und Beschaffung, die ständige Reproduktion der technischen Mittel sowie ihre Vermehrung wird so ausschlaggebend und infolgedessen wichtig sein wie ihre Anwendung, also die unmittelbare Kampfhandlung selbst. Nehmen wir nur den Giftgaskrieg. Diese Waffe hat vom Standpunkt der Kriegstechnik den Vorteil der gewaltigen Wirkung für sich, aber sie hat den großen Nachteil, daß ihre Munition sich so leicht zersetzt, so rasch unbrauchbar wird, daß es unmöglich ist, einen größeren Vorrat davon anzusammeln. Rudolf Haas teilt in einem Artikel in der „Inprekorr“, („Wirtschaftliche Kriegsrüstungen der Vereinigten Staaten“, Nr. 75, Seite 1607) mit, daß der Kriegsvorrat der Vereinigten Staaten von Nordamerika an Gasmunition nur etwa 5 Prozent des Kriegsbedarfes beträgt. Infolgedessen müssen gewaltige technische, wirtschaftliche und politisch-gesetzliche Vorkehrungen getroffen werden, um im Augenblick des Kriegsausbruches die gesamte Industrie in den Dienst des Krieges zu stellen und vor allem Munitionsfabriken aus dem Boden zu stampfen, d. h. andere Betriebe in solche umzugestalten. In dem erwähnten Artikel werden auch interessante Angaben über die geradezu gigantischen Vorbereitungen der Vereinigten Staaten auf diesem Gebiete gemacht. Vom Tag des Kriegsausbruches an wird in jedem kriegführenden Staate die Kriegsindustrie die Grundlage der Kriegführung sein. Die gesamte Industrie, die Betriebe und ihre Arbeiterschaft werden mobilisiert werden

müssen. In diesem Punkte wird es sofort bei Kriegsausbruch für die Arbeiter schlimmer werden, als dies gegen Ende des letzten Weltkrieges der Fall war. Der Arbeiter in der Kriegsindustrie wird für die Kriegführung genau so wichtig sein wie der Soldat an der Front, er wird infolgedessen auch unter denselben Kriegsgesetzen stehen, ebenso aber auch der Transportarbeiter und schließlich jeder Arbeiter, jede Arbeiterin, jeder Bürger überhaupt.

Damit gewinnt aber die Frage des Streiks als des Kampfmittels des revolutionären Proletariats der kapitalistischen Staaten nach dem Ausbruch des Krieges eine ganz andere Bedeutung als im letzten Weltkriege, besonders in der ersten Zeit nach seinem Ausbruch. Damals dachten die führenden Staatsmänner und Militärs selbst nicht an eine so lange Dauer des Krieges; die Bedeutung der Kriegsindustrie zeigte sich erst im späteren Verlaufe des Krieges und erst am Ende wurde sie zur entscheidenden Frage. Im nächsten Kriege wird sie gleich vom ersten Tage an eine der wichtigsten Fragen sein. Ein Generalstreik, der gleich in den ersten Kriegstagen einsetzt, müßte für die Kriegführung sehr rasch zu einem tödlichen Schlage werden. Das verleiht der Frage des Generalstreiks in diesem Zusammenhang eine erhöhte Bedeutung, es macht aber diese Frage auch zur ernstesten und stempelt die bloße Aufstellung dieser Losung, ohne volle Betonung ihrer Konsequenzen und ohne ernsteste Arbeit an der Vorbereitung ihrer Durchführung, direkt zu einem Verbrechen an der Arbeiterschaft. Für jeden kriegführenden Staat muß ein solcher Generalstreik den Kampf auf Leben und Tod bedeuten, er kann ihn nicht anders denn als Bürgerkriegserklärung auffassen. Die nahe Verwandtschaft von Generalstreik und Bürgerkrieg im Zeitalter des Imperialismus, die sich während des vorjährigen großen Kampfes in Großbritannien zeigte und die den Verrat der Reformisten, die ja vom Bürgerkrieg und vom Kampf um die Macht überhaupt nichts wissen wollen, beschleunigte, wird am Tage nach dem Kriegsausbruch zur Identität. Jene Regierung, jene Staatsmacht, welche im nächsten Kriege einen Generalstreik nicht rasch meistern kann, verliert den Krieg und muß zu Fall kommen. Der Generalstreik bedeutet in diesem Falle den Beginn des Kampfes um die Macht. So wird das, was Lenin in dieser Frage schon während des Weltkrieges propagierte, jetzt noch zehnmal wahrer und wichtiger.

Das wissen sowohl die Reformisten als auch die Regierungen der kapitalistischen Staaten so gut wie wir. Aber glaubt jemand im Ernst daran, daß die Reformisten gewillt sind, diese gewaltigen Konsequenzen eines Generalstreiks nach Kriegsausbruch auf sich zu nehmen, dieselben Reformisten, welche doch vom Kampf um die Macht und vom Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie nichts wissen wollen? Und ist jemand imstande zu glauben, die kapitalistischen Regierungen und die Bourgeoisie würden mit den Reformisten auch nur einen Augenblick länger so wie jetzt in den Regierungen, im Völkerbund usw. zusammenarbeiten, wenn sie ihre Phrase vom Generalstreik ernst nähmen? Diese einfache Erwägung beweist schon zur Genüge, daß diese Phrase nichts als ein verbrecherischer Schwindel ist.

So aber muß die Frage des Generalstreiks und des Kampfes gegen den Krieg überhaupt vor den breiten Massen der Arbeiterschaft gestellt werden. Die Reformisten müssen in diesem Sinne zur Rede gestellt und die Larve des Generalstreikschwindels muß ihnen heruntergerissen werden. Die ent-

schiedene Betonung der vollen Konsequenzen der Generalstreikparole, die Feststellung, daß diese Parole nur ausgeben kann, wer entschlossen ist die Niederlage des eigenen „Vaterlandes“, den Bürgerkrieg und den Kampf um die Macht heraufzubeschwören und mit allen Konsequenzen durchzuführen, ist aber auch ein vorzügliches Mittel, um die sozialdemokratischen „Linken“ als Vollblutgeschwister der rechtesten Sozialpatrioten zu entlarven. In Verbindung mit der Notwendigkeit der Vorbereitung eines solchen Krieges gegen den Krieg und der Gewinnung der breitesten Massen der Arbeiterschaft, der Bildung der Einheitsfront für denselben wird das Aufwerfen der Generalstreikfrage in diesem Sinne aber auch geeignet sein, die nicht minder gefährlichen und verbrecherischen Manöver der Ultralinken zu durchkreuzen. Die kommunistischen Parteien aber müssen dieser Frage, wie allen Fragen des Kampfes gegen den Krieg und der antimilitärischen Aktion überhaupt eine viel größere Beachtung schenken und sich über sie volle Klarheit verschaffen, damit sie den Krieg gegen den Krieg als Kampf um die Macht auch wirklich vorbereiten können. Mehr noch als im letzten Weltkrieg trifft für den nächsten Krieg das zu, was Lenin schon damals sagte: daß der Krieg gegen den Krieg nur als Kampf um die Macht geführt werden kann, daß nur die Umwandlung des Krieges in den Bürgerkrieg der Inhalt der revolutionären Taktik im Kriege, und der Generalstreik nur der Ausgangspunkt oder die Begleiterscheinung, jedenfalls nur ein Bestandteil, eine Seite dieses Bürgerkrieges sein kann.

FRIEDL FUERNBERG:

NACH DEM VERRAT

DIE SP ÖSTERREICHS NACH DEM 15. JULI

Wenn man jetzt — einige Wochen nach dem 15. Juli — die Lage in Oesterreich betrachtet, so ist das Hervorstechendste und auch das Wichtigste der Versuch der österreichischen Sozialdemokratie, ihre alte Linie, ihre alte Politik mit den alten Mitteln fortzuführen. Ebenso selbstverständlich und gewissermaßen naturnotwendig, wie es zu diesem Versuch kommen mußte, ist er schließlich und endlich zum Scheitern verurteilt. Die „geschickte“ Politik, der raffinierte Betrug der sozialdemokratischen Führer in Oesterreich ist nicht so sehr deswegen jahrelang erfolgreich gewesen, weil diese Herrschaften besonders schlaue Typen von Verrätern sind, sondern deswegen, weil in Oesterreich die Verhältnisse für ihre betrügerische Politik günstig waren, diese Politik lange Zeit völlig im Interesse der bürgerlichen Gesellschaft und ihres Staates lag. Der 15. Juli war ein Wendepunkt. Die Lage hat sich von Grund auf geändert. Diese Aenderung der Verhältnisse entzieht dem austro-marxistischen Schwindel den Boden, auf dem er blühte. Deswegen sind alle Versuche, auf die alte, gewohnte Weise den Betrug der Arbeiter durchzuführen, letzten Endes zum Tode verurteilt.

Das heißt nicht, daß die gesamte Masse der österreichischen Arbeiter sich nun über den Verrat der sozialdemokratischen Führer völlig im klaren sind.

Gewiß, solche Kämpfe wie der 15. Juli sind die Aufklärung der Massen, sie wirken mehr als Hunderte von Broschüren, Artikel und Reden. Aber es ist erst der erste Damm durchbrochen. Der Prozeß der Befreiung der Arbeiterklasse von den verräterischen Führern ist langwierig.

Er wird zwar allem Anschein nach in Oesterreich verhältnismäßig rascher vor sich gehen, als es in den anderen Ländern geschah und geschieht, aber selbstverständlich doch nicht mit einem Schlage.

Eine entscheidende Bedeutung in der Klarstellung der Rolle der sozialdemokratischen Führung als faktische, zum Teil sogar bewußte Helferin der Bourgeoisie, wird der österreichischen Kommunistischen Partei zukommen. Sie muß aufzeigen, daß diese Führer nichts zu tun haben mit dem revolutionären Marxismus, sie muß ihren Verrat von 1918/19 klar aufzeigen, ihre niederträchtige Rolle am 15. Juli, durch die sie die Ordnung des bürgerlichen Staates wiederherstellten, brandmarken und feststellen, wie sie sich zu den neuen Verrätereien an der Arbeiterschaft vorbereiten. Je intensiver, energischer, klüger und durchdachter die Aufklärungsarbeit unserer Partei erfolgt, um so rascher wird sich der Loslösungsprozeß der Massen von der Sozialdemokratie vollziehen, um so rascher wird die Kommunistische Partei zur Massenpartei werden.

Der Aufstand der Wiener Arbeiter hatte der sozialdemokratischen Führung die „revolutionäre klassenkämpferische“ Maske heruntergerissen. Dahinter kam die alte Verräterfratze der II. Internationale zum Vorschein. Alle Unterschiede zwischen der österreichischen Sozialdemokratie und der Ebert-Noske-Partei waren mit dieser Maske gefallen. Die SP.-Führung kümmerte sich nicht mehr um „revolutionäre marxistische“ Phrasen, sie kümmerte sich nur um eines: wie man am raschesten den heldenhaften Aufstand des Wiener Proletariats niederschlagen, „erledigen“ könnte. Alle Kräfte wurden auf diese Aufgabe konzentriert und es gelang. Wieder einmal hatte die Führung der Sozialdemokratie die bürgerliche Ordnung gerettet. So wie sie es im Jahre 1919 mit Stolz von sich sagten, so auch heute. Herr Renner spricht im Parlament von der Notwendigkeit des Generalstreiks als eines Ventils, das „unabsehbares Unheil“ abwenden sollte. Er erklärte:

„Wenn Dr. Gürtler von der Politik der Ventile sprach, so sei zugegeben, daß die sozialen Ventile nicht so gut funktionieren, wie Ventile an der Dampfmaschine. Es ist selbstverständlich, daß da der Arbeiterschaft die Möglichkeit geboten werden mußte, in gewohnter, würdiger, disziplinierter Weise dieser ihrer Stimmung Ausdruck zu geben. Wäre das nicht geschehen, so wäre das Unheil unabsehbar geworden. Vergessen Sie nicht, daß diese Waffe (der Generalstreik. F. F.) Leiden, Entbehrungen und Gefahren auch für denjenigen bringt, der sie anwendet. Wenn wir nun zu dieser Waffe gegriffen haben, nicht etwa die Politiker, sondern unsere Gewerkschaften, die erklärt haben, die Situation ist sonst überhaupt nicht zu halten, so können Sie versichert sein, daß diese Menschen, die seit Jahrzehnten im Kampfe stehen, wissen, was sie tun. Es ist daher oberflächlich, wenn unsere Bourgeoisie die Lorbeeren auf das in den entscheidenden Stunden so hilflose Haupt des Kanzlers häufen und ganz und gar übersehen, daß die Besonnenheit und Klugheit unserer Gewerkschaftsführer der Gesellschaft einen viel größeren Dienst erwiesen haben.“ („Arbeiterzeitung“ vom 28. 7.)

Wahrhaftig, dieser Kanzler war „hilflos“, hatte er doch nur einige tausend Gewehre und eine große Zahl von Maschinengewehren gegen die unbewaffneten Massen. Aber trotzdem: es ist wahr, die „Besonnenheit“ der SP.-Führer hat der Gesellschaft (der bürgerlichen Gesellschaft der Unterdrückung und

Ausbeutung des Proletariats) einen noch viel größeren Dienst erwiesen, als es der Aderlaß der hundert Toten war. Sie haben einen Dolchstoß in den Rücken des kämpfenden Proletariats geführt, sie haben mit Betrug und Schwindel den Abbruch des Kampfes erzwungen und damit die Niederlage der Arbeiterklasse besiegelt.

Unmittelbar nach dem 15. Juli mußte man alle Kräfte auf die Niederhaltung der Arbeiterschaft konzentrieren. Man konnte keine Rücksicht nehmen auf die alte Methode der radikalen Phrase. Jetzt haben die Herren schon etwas mehr Luft, jetzt will man die scheinradikale Maske wieder verbinden, jetzt beginnt man wieder mit „linken“ Phrasen, man wirft sich wieder in die Brust und macht „Marxismus“. Die „Wiener Arbeiterzeitung“ vom 7. August bringt an der Spitze einen Artikel unter dem Titel: „Der Sieger“, in dem die Folgen des 15. Juli „marxistisch“ dargelegt werden. Um das betrügerische Manöver, das in diesem Artikel versucht wird, ganz klarlegen zu können, muß man auf das zurückgreifen, was die SP.-Führung unmittelbar nach dem 15. Juli erklärte.

Am 17. Juli fand eine Vertrauensmännerkonferenz der SPOe. in Wien statt, auf der Otto Bauer ein Referat über die „Lage“ hielt. Mit keiner Silbe gab er in seinem Referat eine Untersuchung der Ursachen der Ereignisse. Alles, was er sagen konnte, war das folgende:

„So wenig man gegen ein Gewitter polemisieren kann, so wenig kann man gegen den elementaren Ausbruch des Volkszornes polemisieren. („Mitteilungsblatt“ Nr. 4.)

Wie liebenswürdig! Otto Bauer will nicht gegen den Volkszorn polemisieren, weil das leider keinen Sinn hat. Ist das nicht der reinste Marxismus? Hat nicht Marx immer gesagt, man dürfe nicht gegen den „Volkszorn polemisieren“, denn das koste die Popularität? Wahrhaftig, einen schändlicheren Zusammenbruch der radikalen Phrase kann man sich nicht vorstellen.

Wir Marxisten-Leninisten bedauern nicht, daß man gegen den Volkszorn nicht polemisieren kann. Umgekehrt, wir begrüßen diesen Volkszorn, wir stellen uns an seine Spitze, wir führen ihn zum zielbewußten Klassenkampf gegen Kapitalismus und Bourgeoisie. Wir handeln dabei nach den Lehren von Karl Marx, der in der Ansprache der Zentralbehörde an den Bund im März 1850 sagte:

„Es versteht sich, daß bei den bevorstehenden blutigen Konflikten, wie bei allen früheren, die Arbeiter durch ihren Mut, ihre Entschiedenheit und Aufopferung hauptsächlich den Sieg werden zu erkämpfen haben. Wie bisher werden auch in diesem Kampfe die Kleinbürger in Massen sich so lange wie möglich zaudernd, unschlüssig und untätig verhalten, um dann, sobald der Sieg entschieden ist, ihn für sich in Beschlag zu nehmen, die Arbeiter zur Ruhe und Heimkehr an ihre Arbeit aufzufordern, sogenannte Exzesse zu verhüten und das Proletariat von den Früchten des Sieges auszuschließen. . . . Weit entfernt, den sogenannten Exzessen, Exempeln der Volkswache an verhaßten Individuen oder öffentlichen Gebäuden, an denen sich nur gehässige Erinnerungen knüpfen, entgegenzutreten, muß man diese Exempel nicht nur dulden, sondern ihre Leitung selbst in die Hand nehmen.“ (Karl Marx' Ansprache der Zentralbehörde an den Bund.)

Otto Bauer aber sagt:

„Dabei will ich gar nicht bestreiten, daß auch unter den Demonstranten am Freitag und in viel höherem Maße noch unter den Gruppen, die sich gestern angesammelt haben, Leute gewesen sind, die aus verschiedenen Instinkten heraus Dinge begangen haben, die wir nicht billigen, die kein denkender Arbeiter billigt. Das war zunächst

diese Brandlegung. . . . Das gilt in noch höherem Maße von den Vorfällen am gestrigen Tage, von gewissen Angriffen auf Sicherheitswacheleute und auf Wachstuben, die wirklich nur Leute unternehmen konnten, die kein Verantwortungsgefühl haben. Daß das nur neue Opfer kosten und dem Proletariat nichts nützen kann, kann jeder verstehen. Das sind nicht Methoden unserer sozialdemokratischen Politik. Da waren Elemente im Spiel, die weit entfernt sind von der Denkungsweise klassenbewußter Arbeiter.“ (Otto Bauer auf der Wiener Vertrauensmänner-Konferenz vom 17. Juli 1927.)

Aber das alles war noch nichts gegen die Rede, die Otto Bauer im Parlament hielt. Er begriff die Lage. Das bewaffnete Auftreten der Regierung, das war der Fußtritt für die SP.-Führer; der Fußtritt in dem Moment, indem sich die Bourgeoisie stark genug fühlte, mit brutaler Gewalt gegen die Arbeiterschaft vorzugehen, mit brutaler Gewalt und in aller Öffentlichkeit und nicht mehr mittels des erhandelten Verrats der SP.-Führer. Diese apportierten rasch und gründlich. Sie sagten selbst, daß nur mit ihrer Hilfe die Arbeiterschaft niedergeworfen werden konnte, aber sie wollten doch wenigstens den Schein des Anteiles an der Macht haben. Sie wollten nicht so ganz offen die Lakaien der Bourgeoisie sein; das lag doch auch im Interesse der Bourgeoisie. Otto Bauer bemühte sich in seiner Parlamentsrede, den Nachweis dafür zu bringen. Bei einer solchen Gelegenheit darf man von Marxismus und Revolution natürlich nicht einmal reden. Wer wird da von einem Vorstoß der Reaktion von einem planmäßigen Vorgehen der Regierung gegen das Proletariat sprechen? Wie leicht und wie rasch sind die Ursachen des 15. Juli, die Beweggründe der Regierung gefunden?

Der ganze Kampf am 15. Juli ist eigentlich nur aus einem Pallawatsch*) entstanden. Es war ein Pallawatsch, ein unfähiger Beamter und österreichische Schlamperei — sonst nichts. Wörtlich sagte Otto Bauer:

„Das ganze Unglück, um es wienerisch zu sagen, der Pallawatsch mit seinen entsetzlichen Folgen hat begonnen durch diese Disponierung des für diese Funktion unfähigen Beamten.*

Dazu kommt noch ein Unglück, das die Größe der Katastrophe mit erklärt. Jede österreichische Tragödie beginnt, wie ich gesagt habe, mit einem Pallawatsch und mit einer Schlamperei. Die Dispositionen des Hofrats T a u ß, das war der Pallawatsch. Nun kommt aber die Schlamperei: in der Assistenzvorschrift des Heeres heißt es ausdrücklich, daß bei Assistenzausrückungen keine Scheibenschießmunition** ausgegeben werden darf. In der Marokkanergasse hat man aber an Wachmannschaft Scheibenschießmunition ausgegeben.“

Nach dieser Entschuldigung, die Otto Bauer der Regierung in den Mund legt, wobei er sie bittet, doch von ihr Gebrauch zu machen, beginnt er, ihr noch weiter zuzureden, sie möge doch einsehen, daß die Methode, die sie mit dem 15. Juli begonnen hat, zu ihrem eigenen Verderben führt. Nicht weil die schärfste Unterdrückung des österreichischen Proletariats droht, nicht weil der 15. Juli ein Zeichen dafür ist, daß die Bourgeoisie in Oesterreich auf kaltem Wege die faschistische Herrschaft aufrichten will, ist Otto Bauer gegen die Methoden des 15. Juli, gegen den Kampf der bewaffneten Banden der Bourgeoisie gegen die unbewaffnete Arbeiterschaft. Sein Hauptgedanke, seine größte Sorge ist, daß die Bourgeoisie damit ihr eigenes Grab

* Wiener Dialektausdruck, soviel wie Durcheinander.

* Der Polizeioffizier, der in den Morgenstunden des 15. Juli den Befehl zur ersten Reiterattacke gab.

** Dum-dum-Munition.

gräbt. In dem Hauptteil, dem Schlußteil seiner Rede, ruft er den Vertretern des Bürgertums zu:

„Glauben Sie nicht, daß der Staat, daß die Republik (der Staat und die Republik, zu deren Schutz eben erst hundert Arbeiter ihr Leben lassen mußten. F. F.) den Gefahren, die ihr drohen können, entrinnt, wenn sie den Groll nicht beachten, wenn sie diesen Menschen (den empörten Arbeitern. F. F.) gegenüber nichts haben, als den Wunsch der „festen“ Gebärde, wie der Bundeskanzler gesagt hat. Als im Jahre 1881 — auch damals gab es Gewehre, Blut und Brandlegung — die Regierung mit nichts anderem zu antworten wußte als mit Polizeimaßregeln, mit Gewalt, mit Prozessen, als damals eine Regierung — freilich eine Regierung von Grafen, nicht von Ervählten des Volkes — gesagt hat, man müßte jetzt fest sein, hat Ludwig Anzengruber ein Gedicht geschrieben, dessen einzelne Strophen in die Worte ausklingen: „Seid Ihr denn blind?“ Als ich heute die Mehrheit dieses Hauses sah, und insbesondere den Bundeskanzler reden hörte, habe ich das Gefühl gehabt, die sind blind. Sie wissen nicht, was in den Tiefen der Volksseele lebt, sie lachen des unerhörten Grolls und Hasses, der sich so ansammelt, sie ahnen nicht, wie gefährlich das ist, sie verstehen nicht, daß heute nicht Humanität, nicht Sentimentalität, sondern die primitivste Staatskunst nichts anderes suchen müßte, als die wildeste von den Leidenschaften wenigstens zu beruhigen. Dazu weisen wir ihnen den Weg. Suchen Sie nicht die falsche Gebärde der „Festigkeit“. Geben Sie diesen Menschen, die so tief verwundet sind, das Stück Genugtuung (ach bitte, gebt doch wenigstens ein Stück Genugtuung. F. F.), das in einer strengen Untersuchung, in der Amnestie, in der Sorge für die Hinterbliebenen der Opfer und in der Sorge für die Krüppel liegt. Wenn sie auch das nicht geben, wenn sie den Groll anwachsen lassen, ohne den geringsten Versuch zu machen, ihn durch eine Gebärde zu beruhigen, dann handeln sie wirklich ohne zu wissen, was die Wirkungen ihrer Handlungen sind.“ („Arbeiterzeitung“ vom 27. 7. 27.)

Kann man sich etwas Schändlicheres als diese kriecherische Sprache eines Mannes vorstellen, der von sich sagt, daß er ein revolutionärer Vertreter der Arbeiterschaft sei? Wirklich, diesen Staat, dieser Republik, in der die Arbeiter wie die Hasen niedergeschossen werden, droht eine große Gefahr; es droht die Gefahr der bewaffneten Gegenwehr, des bewaffneten Aufstandes der Arbeiter. Und diese Gefahr macht Otto Bauer erzittern. Er ruft den Bürgerlichen zu, sie mögen doch nicht blind sein, und diese Gefahr ebenfalls sehen. Die Vertreter des Bürgertums haben für seine Ermahnungen nichts als höhnisches Lachen, weil sie wissen, daß die österreichische Sozialdemokratie dafür gesorgt hat, daß die Arbeiter keine Waffen haben, daß diese „bewaffneten Führer“ in jedem Kampf des Proletariats auf der Seite der Barrikade stehen, wo es gilt, den bürgerlichen Staat und die bürgerliche Republik zu schützen und zu retten. Das Bürgertum glaubt, im Verein mit diesen Verbündeten stark genug zu sein, um die österreichische Arbeiterschaft mit Gewalt niederzuwerfen. Und deswegen, Herr Otto Bauer, sind seine Vertreter plötzlich mit „Blindheit geschlagen“, nachdem sie jahrelang mit euch auf Grund des Zuredesystems regierten. Wenn sie sich trotzdem täuschen werden, so wird das nicht auf euch zurückzuführen sein, sondern auf die Tätigkeit der Kommunistischen Partei Oesterreichs.

So sprachen die sozialdemokratischen Führer nach dem 15. Juli zur Bourgeoisie. Sie wollten ihr beweisen, daß sie im Interesse der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung mehr zur Regierung herangezogen werden müssen und nicht nur bloß als offene Lakaien des Bürgertums verwendet werden sollen, wie Karl Renner es in seiner Parlamentsrede ausdrückte: „Wie die Machtverhältnisse liegen, müssen sich beide Machtfaktoren miteinander verständigen.“ Aber das Bürgertum verständigt sich mit ihnen nur mehr auf

diese Weise, daß sie brav und folgsam alles das apportieren dürfen, was es braucht.

Der 15. Juli hat wie ein Blitz in finsterner Nacht die verräterische Rolle der sozialdemokratischen Führer beleuchtet. Große Unruhe hat die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter ergriffen. Man kann ihnen nicht mit den Argumenten kommen, die man den Vertretern des Bürgertums im Parlament vorgehalten hat. Man muß schwindeln, wenn man die Massen weiter behalten will. Am 7. August versuchte die „Arbeiter-Zeitung“ einen solchen Schwindel. Der Artikel „Die Sieger“ schildert, wie die Bourgeoisie in Frankreich Schritt für Schritt von der politischen Macht Besitz genommen hat, wie die bürgerliche Republik aufgerichtet wurde. Dann schreibt die „Arbeiter-Zeitung“, daß auch in Oesterreich ein solcher Prozeß vor sich gegangen sei, daß vom Jahre 1918 bis 1927 das Bürgertum die „Republik erobert“ und erst jetzt mit dem 15. Juli 1927 von ihr völlig Besitz ergriffen habe. Schließlich heißt es in dem Artikel:

„Die Bourgeoisie vergißt nur einen kleinen Unterschied: ganz so wie 1848 und 1871 in Paris ist es nämlich 1927 in Wien doch nicht gewesen.

1848 und 1871 in Paris — da hat sich das Proletariat bewaffnet zum Kampfe gestellt, es ist im Kampfe unterlegen, es ist infolge seiner Niederlage massakriert und zersprengt, es ist für viele Jahre völlig ohnmächtig geworden. Hätten wir uns durch die Bluttaten des 15. Juli verleiten lassen, uns ebenso zum bewaffneten Kampfe — Macht gegen Macht — zu stellen, wir hätten zum Bürgerkrieg gegen die agrarischen Länder gezwungen, von den Armeen Horthys und Mussolinis bedroht, dasselbe Schicksal erlitten. Wir haben es nicht getan. Wir sind nicht im Kampfe besiegt worden, der unter den gegebenen inneren und äußeren Kampfbedingungen nur mit einer Niederlage hätte enden können.“

Die Arbeiterschaft Wiens, die am 15. Juli ihr Herzblut in den Straßen Wiens vergoß, die den Generalstreik und den Verkehrstreik infolge des Verrats der Führung ohne jeden Erfolg abrechnen mußte, hat also keine Niederlage erlitten. Sie ist dem Kampf ausgewichen! Nein, die Arbeiterschaft Wiens hat eine Niederlage erlitten, eine Niederlage, die durch den hinterlistigen Verrat der sozialdemokratischen Führer herbeigeführt wurde. Aber es ist eine Lüge, ein grober Schwindel, daß die österreichische Arbeiterschaft von vornherein unbedingt geschlagen werden mußte. Gewiß, die Gefahr einer Niederlage war vorhanden, so wie sie bei jedem Kampf vorhanden ist. Aber kann das jemals ein Grund sein, bei einem solchen elementaren Aufwallen der Kampfkraft des Proletariats dem Kampf auszuweichen?

Marx sagte darüber anlässlich der Revolution von 1848:

„Es ist wahr, wenn die Versammlung (die preußische Konstituierende Versammlung von 1848) und das Volk Widerstand leisteten, war es möglich, daß sie geschlagen wurden; Berlin konnte bombardiert und viele Hunderte konnten getötet werden, ohne daß schließlich ein Sieg der königlichen Partei dadurch verhindert wurde. Aber das war kein Grund, die Waffen ohne weiteres niederzulegen. Eine Niederlage nach hartnäckigem Kampfe ist eine Tatsache von ebenso revolutionärer Bedeutung wie ein leichtgewonnener Sieg. Die Niederlagen von Paris im Juni und von Wien im Oktober (1848) haben zur Revolutionierung der Köpfe der Bevölkerung jedenfalls weit mehr beigetragen, als die Siege von Februar und März. Die Versammlung und die Bevölkerung Berlins hätten vielleicht das Schicksal der beiden obengenannten Städte geteilt, aber sie wären ruhmvoll unterlegen und hätten in den Gemütern der Ueberlebenden ein Verlangen nach Rache hinterlassen, das in revolutionären Zeiten einen der mächtigsten Antriebe zum energischen und leidenschaftlichen Handeln bildet. Bei jedem Kampf ist es selbstverständlich, daß der, der den Kampf aufnimmt, Gefahr läuft, ge-

schlagen zu werden. Ist das aber ein Grund sich geschlagen zu erklären und zu unterwerfen, ohne das Schwert gezogen zu haben?" (Karl Marx: „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“, Seite 34.)

Aber alles das wird ihnen nichts nützen.

Die neuen Austromarxisten haben heute den traurigen Mut, zur Bemäntelung dieses Verrats das Andenken der revolutionären Kämpfer von 1848, die heldenhaften Kommunarden von 1871 zu besudeln. Sie waren klüger als diese Helden, die geschlagen wurden, sie haben sich eben nicht zum Kampf gestellt, also auch keine Niederlage erlitten (was bedeuten schon 150 Tote). Diese Kritik an den revolutionären Kämpfern der Vergangenheit ist die niederträchtigste Leichenschändung, die jemals verbrochen wurde.

Niemals kann die Gefahr einer Niederlage einen solchen ungeheuerlichen Verrat entschuldigen, wie ihn die österreichischen sozialdemokratischen Führer nach dem 15. Juli durchführten. Es ist aber auch nichts anderes als ein frecher Schwindel, darauf berechnet, die Kampfkraft des Proletariats zu schwächen, wenn man sagt, daß der Kampf die sichere Niederlage bedeutet hätte. Die „Arbeiter-Zeitung“ weist darauf hin, daß man in der Provinz mit den faschistischen Organisationen hätte kämpfen müssen, und daß in diesem Kampf die Niederlage der Arbeiterschaft sicher gewesen wäre. Aber sogar ein österreichischer Sozialdemokrat mußte nach dem 15. Juli folgendes erklären:

„Hierzulande lachen die Arbeiter, wenn ihnen vorgehalten wird, 20 000 Heimwehrlin in Steiermark und Kärnten, Tausende von Steidl-Gardisten in Tirol hätten den sozialdemokratischen Parteivorstand in Wien zum Nachgeben gezwungen. Die reaktionären Blätter, die jetzt Morgenluft wittern, erfinden diese Nachrichten. Um das rückgradlose Bürgertum in Oesterreich zum Aufbau seiner faschistischen Formationen aufzuputzen, die insgesamt bei der jetzigen „Mobilisation“ in Steiermark kaum mehr als 2000 Mann fast durchweg besoffener Bauern aufweisen konnten.

Davon ist jetzt jeder österreichische Sozialdemokrat überzeugt: im Ernstfalle, d. h. in einer wirklich revolutionären Situation, wäre der Heimwehrspuk in der österreichischen Provinz bald zu Ende gewesen.“ (Otto Hammer, in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 28. 7. 27.)

Jetzt allerdings, nach der Niederlage vom 15. Juli, jetzt werden die bewaffneten Organisationen der Bourgeoisie größer und bedeutender. Täglich werden neue Bürgerwehren gegründet und bewaffnet. Die Ausrüstung und Vorbereitung des Bürgertums zum nächsten bewaffneten Vorstoß geht in fieberhafter Eile vor sich, während das Proletariat nach wie vor unbewaffnet ist, während die sozialdemokratischen Führer es sich als Tugend anrechnen, daß sie, wie sie sagen, „dem Kampf ausgewichen sind“, daß sie die Niederlage der Arbeiterschaft herbeigeführt haben.

Wenn die „Arbeiter-Zeitung“ vom 7. August ihren Artikel mit dem Hinweis auf die Marneschlacht schließt, und damit den Versuch macht, die radikale Phrase neu aufleben zu lassen, so ist heute schon klar, daß ihr dieser Schwindel nichts nützen wird. Die Arbeiterschaft Oesterreichs hat am 15. Juli und in den Tagen nachher die österreichischen sozialdemokratischen Führer bei dem Verrat in Reinkultur gesehen und wird die Tatsachen nicht so rasch vergessen. Die Sprache der 100 Toten ist zu laut. Alle Artikel der „Arbeiter-Zeitung“, alle Briefe von Otto Bauer an die Opposition werden die Arbeiterschaft nicht darüber täuschen können, daß die österreichische Sozialdemokratie zu keiner Marneschlacht gegen die Bourgeoisie,

überhaupt zu keinem Kampf gegen das Bürgertum rüstet. Ihr Programm ist das, was Renner im Parlament erklärte:

„Es ist von der Sozialdemokratie bei unzähligen Anlässen erklärt worden, daß die österreichische Arbeiterschaft, abgeschnitten von dem Hauptstrom der Entwicklung, gar nicht imstande ist, jene soziale Umwälzung durchzuführen, die sonst als Programm der Internationale erschienen ist.“ („Arbeiterzeitung“ vom 28. 7. 27.)

Jawohl, die österreichische Sozialdemokratie will keine soziale Umwälzung. Sie will den bürgerlichen Staat, die bürgerliche Republik schützen und retten. Sie will keine Marneschlacht zwischen Proletariat und Bourgeoisie, sie will keinen siegreichen Kampf des Proletariats. Das alles hat der 15. Juli klar gezeigt. Keine Versuche neuen Schwindels werden diese Tatsachen wegwischen können. Die scheinradikale Maske der österreichischen Sozialdemokratie ist gefallen, sie ist geschichtlich erledigt, sie kann nicht mehr zur Täuschung der Arbeiterschaft verwendet werden. Alle solche Versuche sind vergebens. Immer mehr wird sich das österreichische Proletariat auf Grund seiner blutigen Erfahrungen, unter der Fahne der kämpfenden Internationale, unter den roten Fahnen der Kommunistischen Internationale sammeln.

A. M.:

DIE „WIRTSCHAFTSDEMOKRATEN“ BEI DER ARBEIT

„DER KAMPF“ — „DIE GESELLSCHAFT“

Es sind ihrer Dreie. Sie bringen der geplagten Menschheit ein frohe Botschaft. An der Hand einer Reihe wirtschaftlich-demokratischer Klugheiten, die ich glossieren will, sollen unsere Leser erfahren, wie die Erleuchtetsten „unter den Wirtschaftsdemokraten“ über verschiedene Dinge denken. Die drei wirtschafts-demokratischen Evangelisten, von denen die Rede sein wird, sind: Woytynski, der Statistiker, der Bescheidenste im Triumvirat, dann zwei Leuchten ersten Ranges, Austromarxisten, pure sang Renner und der große Hilferding in eigener Gestalt.

I.

Woytynski, der sehr nützliche statistische Arbeiten veröffentlicht, der den Stand der Weltwirtschaft kennt, bleibt dennoch an der Oberfläche der Zahlen stecken. Er liefert statistisches Material für seine Kollegen und demonstriert, wie er sich ausdrückt, den Vormarsch der Demokratie auf dem politischen Gebiet.

„Man ist heute gewohnt, mehr von der Krise der Demokratie als von ihrem Vormarsch zu sprechen. Trotzdem ist der Vormarsch der Demokratie für unsere Zeit Tatsache. Ihr Wachstum vollzieht sich aber nicht in einer geraden Linie, vielmehr erscheint es in der Gestalt schwankender, ruhiger Kurven, die denen der wirtschaftlichen Entwicklung ähnlich sind. Diesen politischen Kurven wird aber nicht die gleiche Aufmerksamkeit geschenkt, wie den Wirtschaftskurven.“ (Woytynski, „Gesellschaft“.)

Woytynski irrt sich gewaltig, wenn er glaubt, daß man erst heute viel von der „Krise der Demokratie“ spricht. Schon vor dem Kriege war die Krise der Demokratie eine allgemein anerkannte Tatsache. Und schon vor dem Kriege war es allen Marxisten klar, daß die Krise der Demokratie „demokratisch“ nicht zu lösen ist. Erst jetzt, nach dem Kriege, ist von Woytynski und anderen ein neues Heilmittel ersonnen worden. Frohlockend stellt er auf Grund statistischer Daten fest, wie überall das Wahlrecht erweitert wurde, wie die Zahl der Arbeiter und der demokratischen, speziell der proletarischen Wählermassen wächst.

„Die Arbeiterklasse wird immer mehr zur Mehrheit des Volkes, immer organisierter und zielbewußter und zur Uebernahme reifer“ — sagt Woytynski. Das ist sehr richtig, aber worin soll sich die Reife zur Machtübernahme kundgeben? Etwa in der Anzahl der für die Sozialdemokraten abgegebenen Stimmen, in der Zahl der Mandate oder in der Zahl der organisierten Arbeiter? Da haben wir die statistische Krankheit in vollem Glanze. Wenn wir die Zahlen auf dem geduligen Papier aneinanderreihen, ist das Proletariat scheinbar nahe dem Gipfel der Macht. Sollte für Woytynski es aber ein Geheimnis bleiben, daß diesen Zahlen keine reale Bedeutung zukommt? Ueberall sehen wir trotz der be rauschenden Zahlen die Bourgeoisie auf dem Vormarsch und nicht die „Demokratie“. Denn die Stärke einer Armee mißt man nicht allein nach ihrer Quantität, die Armee muß auch bewaffnet, geleitet und zum Kampfe beseelt sein. Wovor die Bourgeoisie Angst hat, das ist der Kampf, der wirkliche Wille zur Macht. Darum demonstrieren die Zahlen, die der statistische „Wirtschaftsdemokrat“ uns demonstriert, die Ohnmacht der sogenannten Demokratie, nicht aber ihren „Aufmarsch“. Trotz der stolzen „Armee“ der englischen „Trade-Unionisten“ und der Labour Party wird das englische Proletariat von einer reaktionären Regierung mit Füßen getreten, und zwar auf demokratische Weise, durch die Mehrheit des englischen Parlaments, das „demokratisch“ gewählt wurde. Wenn wir aber Woytynski eine revolutionäre, proletarisch-demokratische Ueberwindung der kapitalistischen Demokratie vorschlägen, würde er das mit Entrüstung zurückweisen, denn es ist viel tugendsamer und nützlicher für das Proletariat, auf demokratischer Weise abgemurkst zu werden, anstatt den Kapitalismus an der Gurgel zu packen. Zwar haben bis jetzt alle

Klassen in ihrem Befreiungskampf die Legalität sprengen müssen, denn diese „Legalität“ war ja eben das Werk ihrer Todfeinde. Das soll sich aber fürs Proletariat ganz geändert haben. Besonders von einer Diktatur will Woytynski nichts wissen. Er sagt:

„Die Vergewaltigung der Mehrheit des Volkes durch eine Diktatur ist nur in den rückständigen Ländern möglich, wo die Volksmassen nicht imstande sind, ihre Freiheit und ihre Rechte zu schützen. Auf die Dauer kann aber die Diktatur nicht das Erwachen des von ihr versklavten Volkes verhindern und ihr Bestehen in den rückständigen Ländern beweist nicht, daß die Anhänger ihrer Methoden auch in den Ländern, wo die Demokratie — und vor allem die Arbeiterschaft — ihrer Rechte und ihrer Kräfte bewußt ist, auf Erfolg rechnen können. Ohne die faschistische Gefahr zu verkennen, glauben wir jedoch, daß für unsere Zeit nicht die Verfälschung und die Vergewaltigung des Volkswillens in Italien und Rußland, in Rumänien und Ungarn, in Spanien und Litauen kennzeichnend ist, sondern vielmehr die Erweiterung der Wählerschaft in Deutschland, Großbritannien, Polen, die Tschechoslowakei, Oesterreich, den Niederlanden, Schweden, Dänemark, Norwegen, den Vereinigten Staaten, Kanada, Japan, der Türkei usw. das Wachstum der politischen Aktivität der Volksmassen dieser Länder, das Erwachen Chinas und Indiens; der Zuwachs der Bedeutung und der Kraft der internationalen Arbeiterbewegung, die den um nationale Freiheit ringenden Völkern der farbigen Kontinente ihre Hand reicht. Und dies alles gibt uns Anlaß, von dem Vormarsch der Demokratie zu sprechen.“ (Woytynski.)

Die „Verfälschung und Vergewaltigung“ des „Volkswillens“ in Italien, Rumänien, Ungarn, Spanien und Rußland sind ihm aber gleichartige Erscheinungen. Zwar gibt es einen winzigen Unterschied zwischen Italien, Ungarn usw. einerseits und Sowjetrußland andererseits, nämlich daß in Italien und Ungarn das Proletariat von der Bourgeoisie, in Rußland aber die Bourgeoisie von dem Proletariat vergewaltigt wird; für einen Wirtschaftsdemokraten gelten solche Distinktionen nicht.

Ohne Zögern rezitiert Woytynski weiter: „Das Erwachen Chinas und Indiens, der Zuwachs der internationalen Arbeiterbewegung, die den ringenden Völkern der farbigen Kontingente ihre Hand reicht“. Da reißt einem schon die Geduld. Von wem wird welche Hand gereicht? Etwa die gepanzerte englische Hand, etwa die Hand Macdonalds, der zu allen Schandtaten der englischen Mordbuben seinen vollen Segen gab?

Wir haben nichts dagegen, wenn uns Woytynski fleißig Material sammelt und ehrlich statistisches Material bearbeitet; anders aber liegen die Dinge, wenn er „wirtschaftsdemokratische Philosophie“ treibt und den Verrat der II. Internationale an der Arbeitersache mit statistischem Humbug bekräftigen will.

II.

Nach der nüchternen statistischen Sprache kommen wir jetzt in die schwindelnden Höhen der Rennerschen Lyrik. Hier wird Großes, Allergrößtes verkündet und darum bekommt auch die Sprache eine gehörigen Schwung. Da heißt es im Aufsatz Renners im „Kampf“:

„Der demokratische Wirtschaftsstat ist, wie man sieht, auf der ganzen Linie im Vormarsch: eine neue Welt bildet sich im Schoße der alten. Die Theorie des Sozialismus hat lange Zeit wie geblendet auf die Entwicklung des Kapitals und seine Strukturänderung, auf seine Ausdehnung und zyklische Bewegung gestarrt und erwartet, daß der Sozialismus auf einem bestimmten Punkt dieses Prozesses durch dessen jähen Umschlag in die Welt treten werde. Sie hat wohl auch jede einzelne der von uns als Wirtschaftsdemokratie geschilderten Erscheinungen beachtet, aber sie ist in ihrer Gesamtheit bisher nicht voll gerecht geworden, sie hat insbesondere verkannt, daß hier eine machtvolle Entwicklung zum Sozialismus dem Kapital schon innerhalb der Gesellschaftsordnung auf Schritt und Tritt folgt. Sie hat den künftigen Sozialismus durch kühne Philosophie, durch begeisterte Messiasbotschaft oder durch düstere Revolutionsromantik vorauszuverkünden unternommen und dabei übersehen, daß schon heute Sozialismus wird, und wie er wird. In zweifacher Richtung ist diese Einseitigkeit wahrzunehmen: sowohl rein ökonomisch, indem sie auf den Entwicklungsprozeß des Kapitals starrt und von dessen Umschlag die sozialistische Gesellschaft erwartet, als auch rein politisch, indem sie der politischen Revolution des Proletariats die Aufgabe zuschrieb, den Umschlag aus dem Kapitalismus in den Sozialismus künstlich zu beschleunigen und zu vollenden. Die eine Richtung verfällt zu leicht in einen politischen

Quietismus, die andere in den politischen Hyperaktivismus. Die letztere hat sich insbesondere ausgewirkt in dem russischen Bolschewismus.“

Bis jetzt war man naiv genug zu glauben, „der demokratische Wirtschaftsstaat“ hätte mit dem Sozialismus, mit sozialistischer Gesellschaft und Kommunismus nichts gemeinsam. Der Reichskanzler a. D. belehrt uns eines Besseren. Wie konnte man nur so naiv sein und von dem „Umschlag“ des Kapitalismus die sozialistische Gesellschaft erwarten, oder gar der politischen Revolution des Proletariats die Aufgabe zuschreiben, den Umschlag aus dem Kapitalismus in den Sozialismus zu beschleunigen? Zwar hat irgendwo und irgendwann Marx von der Gewalt als der Hebamme bei der Geburt der neuen Gesellschaft gesprochen. Seit dieser Zeit hat aber die Gynäkologie große Fortschritte gemacht, und gerade in Wien war ja die medizinische Fakultät berühmt. Man braucht jetzt keine Hebammen mehr. Das Proletariat kann ruhig abwarten, bis die neue Gesellschaft selbst aus dem Schoße der alten tritt. Und falls das Neugeborene, wie zu erwarten ist, als eine Mißgeburt, als ein mit einem Wasserkopf beladenes Ungeheuer zur Welt kommt, wird die Wiener Fakultät es schon normalisieren.

Weiter heißt es bei Renner:

„Mitten im Heerlager des Kapitalismus erhebt sich der Genossenschaftsstaat. Außerhalb des Heerlagers des Kapitalismus stehen, wie dargetan, die Konsumgenossenschaften, sie sind in ihrem Wesen antikapitalistisch und eine Form der Sozialisierung:

Deutschland ist lange nicht das Vaterland des Kooperatismus. England hat die unbestrittene Führung. Rußland setzt seit dem Kriege gewaltig ein und verspricht England einzuholen. Nach der Statistik des Internationalen Genossenschaftsbundes waren schon 1922 diesem Bund in 28 Ländern mehr als 82 000 Genossenschaften mit 37 Millionen Mitgliedern angeschlossen, heute sind es deren über 50 Millionen und über ihm bestehen noch internationale Organisationen der landwirtschaftlichen und der christlichen Genossenschaften.“

Und wie stellt sich Marx zu diesen „grandiosen“ Neuerscheinungen, die zum Sozialismus führen, ja eigentlich schon der Sozialismus sind? Das sagt uns Renner, der ja selbstverständlich „Marxist“ ist, in folgenden Worten:

„Nachdem wir nun dargetan, daß Karl Marx in der eigentlichen schöpferischen Periode seines Lebens bis 1870, wie bewiesen, die ganze Evolution der Gemeinschaften, der Sozialversicherung, der Betriebsdemokratie nicht miterlebt und in ihren primitiven Anfängen wenig beachtet hat — diese Dinge waren jenseits der Aufgabe, das Kapital selbst und seine Grundsätze zu erforschen, einer Aufgabe, die ihn sein Leiden und sein kurzes Leben nicht mehr fertigstellen ließ —, so kann aus Marx' Büchern gar nichts oder nur sehr wenig herausgelesen werden, was unmittelbar auf diese Dinge Bezug hat, was den Wert empirischer Forschung hätte. Hier ist mit Zitaten nichts zu beweisen, wohl aber ist mit seiner Methode, mit seiner wissenschaftlichen Analyse des ökonomischen Prozesses alles zu erleuchten und zu erkennen und ich habe mich bemüht, dieses ganze Gebiet mit dem Marxschen Schlüssel aufzuschließen, wie mangelhaft auch ein solcher erstmaliger Versuch sein mag.

Welch grandiose, welch wertvolle Entwicklung aber ist es, die ich dargestellt habe! Ungezählte Millionen Menschen haben sich in demokratischen Organisationen, unter einem Stab freiwilliger Funktionäre zu Wirtschafts-, Betriebs- und Kampfgemeinschaften zusammengesetzt, die dem Kapital auf der ganzen Welt gegenüberstehen, es einschränken oder ablösen und ohne direkte Hilfe des Staates, ohne Besitz der öffentlichen Gewalt einerseits der Herrschaft des Kapitals Grenzen setzen, andererseits aber neue gesellschaftliche Einrichtungen schaffen, die an sich Sozialismus, Sozialismus auf dem Marsche sind und in ihrer Gesamtheit schon heute die Gestalt verraten, die das soziale Leben in Zukunft annehmen wird.“

Wie sieht aber die Wahrheit aus? Anders als Renners Dichtung. Schon in der ersten Internationale hat Marx Schritt auf Tritt allen kleinbürgerlichen Wahnwitz von Genossenschaften, Gewerkschaften, Konsumgenossenschaften, die dem Kapitalismus den Garaus machen sollen, bekämpft und widerlegt. Schon damals hat er klar und eindeutig allen diesen Erscheinungen ihren entsprechenden Platz angewiesen und es zeugt wahrlich von einem direkt erschreckenden Niveau in den Reihen der Sozialdemokratie, wenn man es wagen kann, diesen alten utopischen Brei als Marxismus aufzutischen. Was diese Gewerk-

schaften, diese Genossenschaften oft verraten, ist nicht das künftige soziale Leben, nein, sie verraten unter einer reformistischen Leitung fast täglich die Interessen des Proletariats, das sie dem Kapitalismus wehrlos ausliefern.

Nach der Soziologie kommt die Weltwirtschaft, die Oekonomie. Wir haben gesehen, wie Renner „wirtschaftsdemokratisch“ den Kapitalismus ohne Revolution, ohne Kampf stürzt, weil er ihn eigentlich nicht zu stürzen braucht, denn alles ist ja schon fertig. Sorgen macht ihm nur die Technik der Sozialisierung, die bereits begonnen hat. Der glücklicherweise bereits in der kapitalistischen Gesellschaft begonnene Prozeß des Aufbaues des Sozialismus soll sachte methodisch zu Ende geführt werden und darum sagt Renner:

„Wir lernen schon heute, daß die Sozialisierung sich nicht vollziehen kann als Dekret, als ein Gesamtakt, der die Wirtschaftsweise in ihr Gegenteil umschlagen läßt, sondern als Verwaltung, als geteilte Arbeit, die sich an jede einzelne Kapitalfunktion anschließt und diese isoliert behandelt: Generalsozialisierung ist Generalunsinn.“

Ende gut, alles gut. Und darum sachte vorwärts, nur nicht voreilig vorgehen, man könnte vielleicht versuchen, zu viel zu sozialisieren, das wäre falsch.

Man sollte nun glauben, Renner sei in dieser seiner wirtschaftsdemokratischen Ekstase und bei seinem sozialistischen Aufbau überglücklich und beruhigt. Das ist aber nicht der Fall. Davon zeugt sein Aufsatz in der „Gesellschaft“, wo er „wirtschaftsdemokratisch“ die weltwirtschaftlichen Probleme berührt. Er hat zwar alle Bausteine für den Sozialismus gesammelt und baut auch rüstig, hat aber manche Sorgen und manchen Kummer. So gibt es Schutzzölle, Arbeitslose, Konkurrenz, Krisen, aber auch einen Kampf zwischen zwei Rechtssystemen.

„Es liegen offensichtlich zwei Rechtssysteme im Kampf. Die Einzelstaatsouveränität ist die höchste Quelle alles irdischen Rechts (so versichern uns wenigstens die Juristen), sie kann unzweifelhaft auf ihrem Gebiete ohne Entschädigung enteignen, über ihr steht kein Richter. Kann sie auch Ausländer enteignen? Gibt es ein höheres Recht über den Staaten? Gibt es ein Weltwirtschaftsrecht? Wer ist der Rebell — die Oelmagnaten oder die mexikanische Regierung?“

Und seufzend wendet Renner sich an die proletarische Internationale. Die soll Ordnung schaffen, den Weltfrieden vorbereiten, die Krisen abschaffen, die Arbeitslosigkeit aus der Welt bannen und so endgültig die „Wirtschaftsdemokratie“ zum Siege bringen.

„Aus diesem Mißstande scheint mir eine große und neuartige Aufgabe der proletarischen Internationale zu erwachsen. Sie hätte vor allem auszusprechen, was ist, sie hätte darzutun, welche realen Voraussetzungen der Weltfriede hat. Er kann nur Bestand haben, wenn die Weltwirtschaft nicht chaotisch durch den bewaffneten Widerstreit kriegsgerüsteter Völker, sondern durch Konventionen geordnet wird, die alle Völker zugleich wirtschaftlich freimachen und politisch binden, ihre Wirtschaft erweitern und ihre politische Souveränität einschränken. Nicht das Vorbeireden an den dornigen Fragen der Weltwirtschaft, sondern ihre vorurteilslose und rücksichtslose Aufrollung bringt uns weiter. Mir scheint es klar und unbestreitbar, daß ohne überstaatliche Ordnung der Wirtschaft, das ist der Kapitalanlage, der Rohstoffzuteilung, der Bevölkerungsumsiedlung und des Verkehrswesens überhaupt das Ziel der Entwicklung, dem wir zustreben, nicht erreicht werden kann. Und obwohl jedes einzelne Proletariat selbst in ein Wirtschaftsgebiet eingeschlossen und mit ihm materiell verwachsen, sich zeitweisen Schutzmaßnahmen nicht entziehen kann, müßte dennoch die Erkenntnis vom Primat der Weltwirtschaft die Politik der Arbeiterklasse im ganzen bestimmen und sie zum treibenden Faktor, zum Pionier der Weltwirtschaftsordnung machen. Die notwendige kritische Haltung zu jeder Konferenz der Regierungen und Kapitalisten darf das Bekenntnis zur Idee und den Weg zu ihrer Verwirklichung nicht beeinträchtigen.“

III.

Wir verlassen nun den Reichskanzler, um zu dem Reichsminister a. D., einem der Führer der II. Internationale, einem der gebildetsten Marxisten, dem Verfasser des „Finanzkapitals“, überzugehen. Hier haben wir einen der geriebensten, schlauesten Leute der II. Internationale vor uns, der alles das mit Füßen tritt, was man sonst Marxismus nannte und den Mut besitzt, sich vollständig als Kapitalistentrabanten zu erklären, nicht aber den weiteren

Mut und die dazu gehörige Ehrlichkeit hat, unumwunden zu erklären, der Marxismus sei vollständig falsch und die Arbeiterbewegung müsse aus einem ganz anderen Arsenal ihr Rüstzeug holen. Wir wollen hier in aller Kürze auf zwei bedeutsame Äußerungen Hilferdings hinweisen, auf seine Rede auf den Tagungen des Vereins für Sozialpolitik in Wien und seine Rede auf dem letzten Parteitag der deutschen Sozialdemokratie. Im Verein für Sozialpolitik sagte er folgendes:

„Der Krieg, die Nachkriegspolitik, die Absperrung durch die Inflation, durch Hochschutzzölle, durch Ein- und Ausfuhrverbote haben bewirkt, daß tatsächlich dieser Zusammenhang des Weltmarktes für eine lange Dauer unterbrochen war und infolgedessen sich jene notwendige Umstellung innerhalb der einzelnen Volkswirtschaften auf die geänderte Weltwirtschaft gar nicht vollziehen konnte. Ich meine, es ist diese Unterbrechung des ökonomischen Prozesses der Anpassung an die fortschreitende Industrialisierung, aber nicht die Industrialisierung selbst, die eine der Ursachen dieser Krise bildet. Die Unterbrechung hat jene außerordentlich große Disproportionalität der Produktionszweige bewirkt, die in den europäischen Ländern die große Krise bedeutet. Alle die Vorgänge, die wir jetzt beachten, seitdem der Krieg hinter uns liegt, seitdem die Kriegsfolgen und vor allem die Inflation tatsächlich immer wieder die in den einzelnen nationalen Volkswirtschaften in Fehlleistungen in der Akkumulation, in der Verteilung der Produktionsmittel geführt. Seitdem wir wieder zu normalen Verhältnissen in dieser Beziehung kommen, seitdem die Verhältnisse wiederum dahin tendieren, die einzelnen Volkswirtschaften zu einer Weltwirtschaft zu verbinden, durch Abbau der Handelsverbote, durch Einfügung in die Weltwirtschaft vermittels der Handelsverträge, seitdem erzwingt die kapitalistische Konkurrenz wieder die Herstellung jener Proportionalität des Weltmarktes, jener Proportionalität der Produktionszweige untereinander, die schließlich die Heilung der Krise bedingt. Man wird, wenn man das so auffaßt, gerade von links her die Auffassung zurückweisen, daß der Zusammenbruch des Kapitalismus ein mechanischer sei, weil keine vorkapitalistischen Märkte mehr vorhanden seien. Ich glaube, ich finde mich mit dieser Auffassung vollständiger Uebereinstimmung mit den Lehren Karl Marx', dem man fälschlich immer eine Zusammenbruchstheorie zuschreibt. Gerade der zweite Band des „Kapitals“ zeigt, wie innerhalb des kapitalistischen Systems die Produktion auf immer erweiterter Stufenleiter möglich ist. Ich habe mir oft gedacht, es ist nicht so schlimm, daß dieser zweite Band so wenig gelesen wird, denn es könnte unter Umständen ein Hohelied des Kapitalismus aus ihm herausgelesen werden!

Die entscheidende Frage ist die, die heute vormittags der neue Bundespräsident in aller Schärfe gestellt und Herr Professor Harms in aller Schärfe beantwortet hat: Ist, was jetzt sich vollzieht, der Untergang des abendländischen Kapitalismus oder die Vorstufe zu seinem Neuaufbau! Herr Professor Harms hat gesagt, die Vorstufe zu einem neuen Aufbau. Von meinem Standpunkte aus beantworte ich die Frage gegenüber den Ausführungen des Herrn Bundespräsidenten ganz ähnlich wie Professor Harms, nur daß sich daran erst die Diskussion zwischen mir und Professor Harms anschließen könnte, wohin schließlich die Wirkungen des kapitalistischen Geistes führen. Ich sehe sie in der Umstellung der organisierten Wirtschaft. Daraus ergibt sich für mich das Problem, wie nun diese ohnedies schon organisierte Wirtschaft aus ihrer hierarchistischen Form in eine andere, in die demokratische Form überzuführen ist. Für diese Aufgabe brauchen wir einen kraftvollen und keinen verarmten, dekadenten Kapitalismus, denn für den Erben ist es sehr angenehm, wenn sein Erbe möglichst reich ist.“

Die armen bürgerlichen Professoren hatten Sorge um den Kapitalismus. Da kam der „Sozialist“ Hilferding, um sie zu beruhigen. Das Bild, das er gebraucht, ist lehrreich. Das Proletariat soll die Erbschaft des Kapitalismus antreten, und da ist es für den Erben sehr angenehm, wenn sein Erbe möglichst reich ist. Da haben wahrscheinlich bei Hilferding Jugendreminiszenzen mitgewirkt. In den Wiener Studentenkreisen, wo so viele arme angehende Aerzte und Juristen an eine reiche Heirat denken müssen, um sich aus der Klemme zu ziehen, pflegte man den folgenden Witz zu erzählen: „Welcher Unterschied besteht zwischen Bismarck und dem Herrn Dr. Juris?“ Die Antwort lautete: „Bismarck hatte ein tatenreiches Leben, der Herr Doktor ein reiches Tateleben.“ Daran dachte wohl Hilferding, als er vom reichen Erben sprach. Das Proletariat soll also hier auch kein tatenreiches Leben, keinen Kampf um den Sozialismus gegen den Kapitalismus führen, sondern in dem Kapitalismus einen reichen Tateleben sehen, den es zu beerben gilt. Und

da hat man bis jetzt gedacht, daß je stärker der Kapitalismus, desto schwieriger der Sieg des Proletariats sein wird. Das gilt aber nicht für den „Marxisten“ Hilferding und andere „Wirtschaftsdemokraten“.

Auf dem Parteitag war die Sprache Hilferdings noch eindringlicher, nur war ihr eigentlicher Zynismus durch kleine Schelmenstreiche verschleiert. Ueber den Zusammenbruch des Kapitalismus sagte Hilferding:

„Ich habe immer zu denen gehört, die jede ökonomische Zusammenbruchstheorie ablehnten, weil gerade Karl Marx den Nachweis erbracht hat, daß eine solche ökonomische Zusammenbruchstheorie falsch ist. Aber nach dem Kriege konnte eine politische Zusammenbruchstheorie konzipiert werden. Sie wurde hauptsächlich von den Bolschewiki vertreten, die meinten, daß wir vor einem unmittelbaren Zusammenbruch des kapitalistischen Systems stünden. Demgegenüber müssen wir konstatieren, daß auch ein solcher politischer Zusammenbruch nicht eingetreten ist. Wir als Sozialisten haben getreu unserer alten Auffassung durchaus keinen Grund, diese Konstatierung etwa zu bedauern. Wir sind von jeher der Meinung gewesen, daß der Sturz des kapitalistischen Systems nicht irgendwie fatalistisch zu erwarten ist, nicht aus inneren Gesetzen des Systems eintreten wird, sondern daß der Sturz des kapitalistischen Systems die bewußte Tat der Arbeiterklasse sein muß. Marxismus ist nie Fatalismus gewesen, sondern im Gegenteil höchster Aktivismus.“

Hilferding polemisiert hier gegen eine Auffassung, die niemals von einem Marxisten vertreten worden ist, daß nämlich der Zusammenbruch des Kapitalismus fatalistisch zu erwarten sei. Plötzlich gebärdet er sich heroisch und behauptet, daß der Sturz des kapitalistischen Systems nur die bewußte Tat der Arbeiterklasse sein kann. Das ist es eben, was immer von den revolutionären Marxisten, von den jetzigen Kommunisten behauptet worden ist, gegen sie und ihre Anhänger. Eben darum, weil wir keinen fatalistischen Zusammenbruch anerkennen, wollen wir das Proletariat aktivieren, um es zu der bewußten revolutionären Kraft, die den Zusammenbruch vorbereitet und herbeiführt, zu formen. Wer behauptet, daß der Zusammenbruch des Kapitalismus in baldiger Zukunft bevorsteht, will ja gar nicht damit sagen, daß dieser Zusammenbruch ohne bewußtes Eingreifen des Proletariats zustande kommen konnte. Freilich muß eine Bedingung erfüllt werden, man muß von der Notwendigkeit des Sturzes des Kapitalismus überzeugt sein und ihn herbeiwünschen. Das ist aber gerade bei Hilferding et consortes nicht der Fall. Wie Hilferding über die jetzige Lage des Kapitalismus denkt, sagt er folgendermaßen:

„Da ist das Entscheidende, daß wir uns augenblicklich in der Periode des Kapitalismus befinden, in der im wesentlichen die Aera der freien Konkurrenz, in der der Kapitalismus rein durch das Walten der blinden Marktgesetze beherrscht war, überwunden ist und wir zu einer kapitalistischen Organisation der Wirtschaft kommen, also von der Wirtschaft des freien Spiels der Kräfte zur organisierten Wirtschaft.“

Das Charakteristische ist nun zweitens, daß die kapitalistische Industrie, in der ein mit neuer Energie geladenes wissenschaftliches Verfahren wirksam wird, von vornherein das Bestreben hat, in organisierter Weise die neuen Möglichkeiten auszunützen.

Wer mit kapitalistischen Wirtschaftskreisen in Berührung kommt — und das ist sehr nützlich, weil es darauf ankommt, die Psychologie des Gegners zu erkennen —, ist erstaunt, mit welchem Eifer diese Kreise, die vor dem Kriege in ihrer Wirtschaftseinstellung national abgeschlossen waren, heute internationale Verbindungen suchen, die Beziehung mit dem Ausland pflegen und wie sehr der Drang nach internationalen Organisationen lebendig wird. Während die Organisation der Arbeiterklasse sich zuerst entwickelte, die Gewerkschaften das erste organisierte Wirtschaftselement im Kapitalismus gewesen sind, haben die Unternehmer infolge ihres größeren Klassenbewußtseins und ihrer geringen Zahl unsere Organisation eingeholt. Wir werden acht geben müssen, daß das auf internationalem Gebiete nicht ebenfalls eintritt.“

Also ist die kapitalistische Anarchie der Produktion überwunden; man beginnt die Wirtschaft planmäßig zu organisieren, ohne die Grundlagen der kapitalistischen Ordnung anzutasten. Ueberwunden ist das kapitalistische wirtschaftliche Prinzip.

„Es sind sehr feine Methoden ausgearbeitet worden, um an die Stelle der Konkurrenz aus Eigennutz eine wissenschaftliche Methode des Wettbewerbes zu setzen. Damit haben wir Sozialisten zugleich das Prinzip unserer Wirtschaftsführung. Damit gibt der Kapitalismus selbst den Haupteinwand auf, den er gegen den Sozialismus erheben kann, und damit fällt der letzte psychologische Einwand gegen den Sozialismus. Organi-

siertes Kapitalismus bedeutet also in Wirklichkeit den prinzipiellen Ersatz des kapitalistischen Prinzips der freien Konkurrenz durch das sozialistische Prinzip planmäßiger Produktion. Diese planmäßige, mit Bewußtsein geleitete Wirtschaft unterliegt in viel höherem Maße der Möglichkeit der bewußten Einwirkung der Gesellschaft, das heißt nichts anderes, als der Einwirkung durch die einzige bewußte und mit Zwangsgewalt ausgestattete Organisation der Gesellschaft, der Einwirkung durch den Staat.“

Marx hat bewiesen, daß der Zusammenbruch des Kapitalismus unvermeidlich ist; zwar nicht darum, weil die Akkumulation auf erweiterter Produktionsstufe nicht denkbar sei als unendlicher Prozeß, aber darum, weil in der empirischen historischen Wirklichkeit er, der Kapitalismus, an seinen historischen empirischen Widersprüchen zugrunde gehen muß; selbstverständlich ist daher die aktive Rolle des Kapitalismus mit inbegriffen. Jetzt kommt Hilferding ein und verlegt aus dem reinen Denkprozeß die Möglichkeit einer planmäßigen organisierten kapitalistischen Wirtschaft in das Gebiet der realen Wirklichkeit, d. h. anders gesprochen, der Kapitalismus wird bis in alle Ewigkeit bestehen. Nachdem er so das ökonomische Problem gelöst hat, geht er an den Klassenkampf, die Staatstheorie usw. heran. Da sagt er:

„Wenn das so ist, dann treten sich klar gegenüber auf der einen Seite die kapitalistische Organisation der Wirtschaft, auf der anderen Seite die Staatsorganisation, und das Problem ist, wie wir ihre gegenseitige Durchdringung gestalten wollen. Marx hat sicher ein entscheidendes Merkmal des Staates angegeben, indem er sagte, daß der Staat nicht nur als politischer Körper zu betrachten ist, sondern auch nach seinem sozialen Inhalt, der darin besteht, daß die herrschenden Klassen mittels der Staatsgewalt ihre Herrschaft aufrechterhalten. Aber diese Staatsdefinition von Marx ist schon deswegen keine Staatstheorie, weil sie für alle Staatsformen seit Beginn der Klassengesellschaft gilt und es darauf ankommt, die unterscheidenden Merkmale sich klarzumachen. Für uns Sozialisten sollte es selbstverständlich sein, daß eine Organisation aus den Mitgliedern der Leitung und dem Apparat besteht, d. h. also, daß der Staat nichts anderes ist, als die Regierung, die Verwaltungsmaschine und die Staatsbürger, die den Staat zusammensetzen, politisch gesehen.“

Also das Problem des Sozialismus besteht, politisch gesprochen, ganz einfach in dem allerflachsten Sozialreformismus, den man Jahrzehnte hindurch verpönte und bekämpfte. Wenn sich aber Hilferding dabei an solche Taschenspielerkünste heranwagt, wie mit der Staatstheorie und Staatsdefinition bei Marx, so weiß man schon nicht recht, was man mehr bewundern soll, seine Unverfrorenheit oder seine grenzenlose Geringschätzung des Auditoriums, an welches er seine Worte richtete. Marx hat klar ausgesprochen, was er unter Staat versteht, daraus folgt die Unmöglichkeit, Marx' Stellung zum Staate mit dem jetzigen Programm der Sozialdemokraten zu versöhnen. Eine Staatsdefinition ist keine Staatstheorie! Solchen Blödsinn hat auch niemand behauptet, wohl aber stützt sich eine Staatsdefinition auf eine Staatstheorie, ohne eine solche ist sie undenkbar. So ist es auch bei Marx. Seine Auffassung des Staates ist darum auch für Hilferding unbrauchbar, weil sie für alle Staatsformen seit Beginn der Klassengesellschaft gilt. Gerade das, was die Stärke der Marx'schen Staatstheorie ausmacht, wird für Hilferding zur Schwäche. Der Grund ist ganz klar. Hilferding will den heutigen Klassenstaat anders behandeln, als ihn Marx behandelt haben will, darum will er sein Verhalten zu diesem Klassenstaat nicht auf das Wesentliche, daß er Klassenstaat ist, sondern auf das Unwesentliche, Vergängliche gründen, ob der oder jener Staat republikanisch sei usw. So haben wir glücklicherweise nach der Oekonomie auch die Marx'sche Staatstheorie über Bord geworfen. Wir gehen weiter.

Aus dem marxistischen Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft und den kapitalistischen Staat wird jetzt das Folgende gemacht:

„Wenn so der Kampf um den Staat den Inhalt hat, Einfluß auf die Leitung der Wirtschaft zu erhalten, dann erst wird uns die ganze Genialität einer Bemerkung von Marx klar, auf die er solches Gewicht gelegt hat, daß er sie nicht nur im „Kapital“, sondern auch in der Inauguraladresse niedergelegt hat. Er spricht dort vom Zehnstundentag und sagt zum Schluß: „Darum war das Zehnstundengesetz nicht nur ein großer praktischer Erfolg, es war der Sieg eines Prinzips. Zum erstenmal unterlag die politische Oekonomie der Bourgeoisie der politischen Oekonomie der Arbeiterklasse. Das bedeutet, immer mehr unterliegt die kapitalistische Gesellschaft dem zunehmenden Einfluß der Arbeiterklasse, immer mehr siegt das politische Prinzip der Arbeiterklasse,

den Staat zu benutzen als Mittel zur Leitung und Beherrschung der Wirtschaft im allgemeinen Interesse.“

Eroberung der Macht, Unterdrückung der Bourgeoisie, das alles verwandelt sich hier im Handumdrehen in den Kampf um den Einfluß auf die Wirtschaft. Selbstverständlich lehnt Hilferding die Gewalt in diesem Kampfe ab, preist sie aber um so mehr als Mittel im Kampfe gegen den Bolschewismus.

Zum Problem der Gewalt entwickelt er einen derartigen konterrevolutionären, anti-marxistischen, antisozialistischen Gedanken, daß es kein schwereres Hemmnis der Verwirklichung des Sozialismus gäbe als den Bürgerkrieg.

Wo hat man bis jetzt auf Erden eine auf dem Klassenkampf gegründete Umwälzung sich friedlich vollziehen sehen und wie wagt man es allenfalls, wenn man diesen hirnverbrannten Standpunkt vertritt, sich auf Marx zu berufen?

Und nachdem er so den Weg zu seinem „Sozialismus“ geebnet hat, ruft Hilferding frohlockend aus:

„Parteigenossen, die Kommunisten gehen zugrunde, es mag etwas länger oder etwas kürzer dauern. Ich verstehe, daß die Arbeitslosen, die jahrelang das Verhängnis der Arbeitslosigkeit ertragen haben, daß die vielen Verzweifelten, die in der Inflation ihr Geld verloren haben, daß die vielen Leute, die im Kriege jeden anderen Glauben als den an die Gewalt eingebüßt haben, vielleicht noch aus einem blinden Instinkt einen kommunistischen Wahlzettel in die Urnen werfen. Aber eine Bedeutung für die sozialistische Bewegung hat die Kommunistische Partei gar nicht, sie ist verloren!“

Voltaire bemerkte einst bissig über Rousseau: „Wenn ich seine Schriften lese, bekomme ich Lust, auf allen Vieren zu kriechen.“ Was würde er sagen, könnte er die wirtschafts-demokratischen Ideen genießen. Was soll man sagen, wenn man nicht wie die führenden Sozialdemokraten auf allen Vieren vor der Bourgeoisie kriechen und wie sie zur gleichen Zeit den Marxismus auf eine unerhört niedrige Stufe zurückdrängen will. Da sie es wagen, in einer revolutionären Epoche konterrevolutionäre Ideen zu verbreiten, sie mit Marx' Federn ausschmückend, ereilt sie auf dem Fuß die Strafe, sie müssen in die vormarxistische Aera hineingreifen, um Boden für ihre Ideen zu gewinnen. Kleinbürgerlicher Utopismus alten Schlages, alles längst Ueberwundene wird wieder lebendig, denn eine verlorene Sache läßt sich nicht mit lebendigen, wahren und neuen Ideen verteidigen.